

Arbeitsgruppe Konjunktur

Article

In der Tiefebene - IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2009

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Arbeitsgruppe Konjunktur (2009) : In der Tiefebene - IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2009, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 36, Iss. 2, pp. 15-48, <https://doi.org/10.2373/1864-810X.09-02-02>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/156976>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

In der Tiefebene – IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2009

Arbeitsgruppe Konjunktur*, Mai 2009

Die Weltwirtschaft befindet sich in der schwersten Rezession seit 60 Jahren. Über einen Einbruch der Auslandsnachfrage und der Exporttätigkeit hat die Krise auf Deutschland übergegriffen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in Deutschland in diesem Jahr um gut 4 ½ Prozent sinken, im Jahr 2010 wird es um ½ Prozent zulegen. Damit dürfte die Talsohle im Laufe dieses Jahres erreicht, aber nicht durchschritten werden. Der Außenhandel – die Exporte werden 2009 um 17 Prozent und die Importe um 11 Prozent einbrechen – wird in diesem Jahr etwa drei Viertel des Wachstumseinbruchs verursachen. Im kommenden Jahr wird der Außenbeitrag die Konjunktur wieder in geringem Ausmaß stützen. Die Rezession wird sich auch negativ auf den deutschen Arbeitsmarkt auswirken. Die Erwerbstätigkeit wird in diesem und im nächsten Jahr um jeweils knapp 1 ½ Prozent zurückgehen, und die Anzahl der Arbeitslosen wird im Jahr 2009 auf 3,75 Millionen und im Jahr 2010 auf 4,3 Millionen ansteigen. Sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben werden das Staatsdefizit in diesem Jahr auf rund 3 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ansteigen lassen. Im Jahr 2010 dürfte der Fehlbetrag bei 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen.

Ursachenanalyse zur Weltwirtschaftskrise

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Die anfängliche Finanzmarktkrise hat bereits auf die Realwirtschaft übergegriffen und alle großen Weltregionen erfasst. Über den wegbrechenden Außenhandel wird die export- und industrieorientierte Wirtschaft in Deutschland offensichtlich stärker getroffen als die meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

Ein Blick auf die letzten drei Konjunkturzyklen anhand der Auftragseingänge macht den Ernst der Lage deutlich (Abbildung 1). Bis zum August 2008 war die Entwicklung der Bestellungen aus dem Inland und aus dem Ausland im Vergleich mit den Abschwüngen im Jahr 1992 und zu Beginn dieses Jahrzehnts wenig auffällig. Die Rückgänge schienen sogar leicht schwächer zu sein als damals. Dem zugrunde liegenden Investitionszyklus schien die

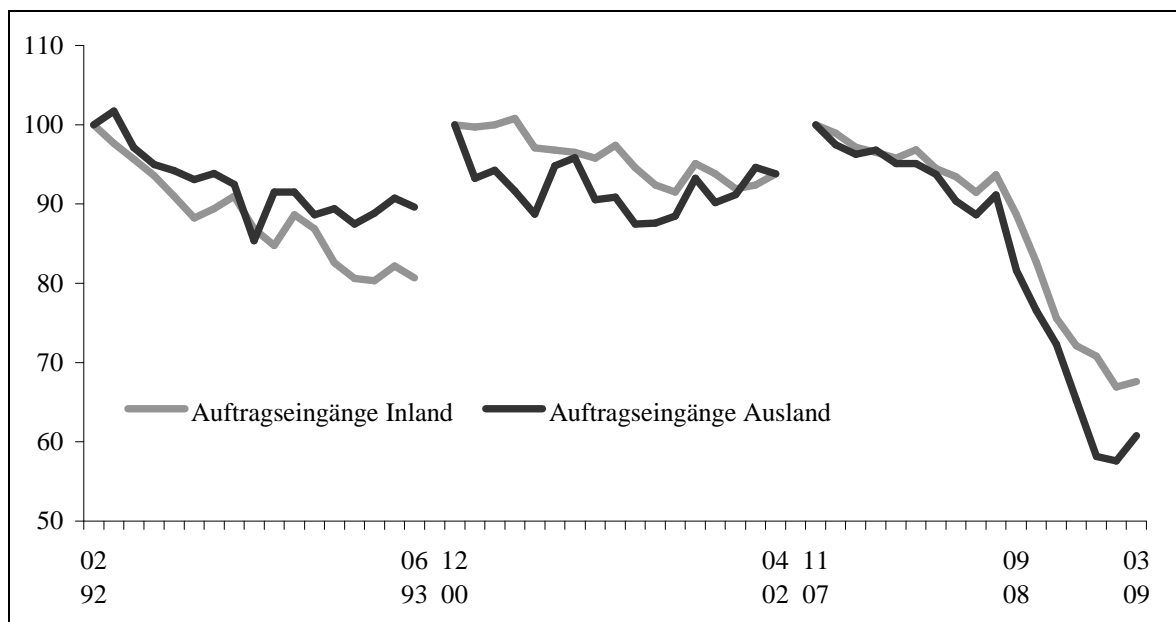
* Ralph Brügelmann, Winfried Fuest, Michael Grömling (Koordination), Michael Hüther, Manfred Jäger, Rolf Kroker, Jochen Pimpertz, Christof Römer, Holger Schäfer und Christoph Schröder.

Luft auszugehen. Mit der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers Mitte September 2008 änderte sich nicht nur die Lage im globalen Finanzsystem grundlegend, sondern offensichtlich auch in der Realwirtschaft. Das Misstrauen in den Weltfinanzmärkten explodierte, und über die Dominoeffekte verketteter Bankbilanzen wurde die Systemkrise virulent. Gleichzeitig führte das Austrocknen elementarer Märkte für die Unternehmensfinanzierung zu einer Schockstarre bei den im internationalen Wettbewerb stehenden Industrieunternehmen. Vergebene Aufträge wurden in nennenswertem Umfang storniert und neue Aufträge nur noch sehr zurückhaltend erteilt.

Abbildung 1

Auftragseingänge im Zyklusvergleich

Preis- und saisonbereinigte Auftragseingänge der Industrie in den Konjunkturabschwüngen 1992, 2001 und 2008, jeweils erster Monat des Abschwungs = 100



Quellen: Deutsche Bundesbank; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Qualität und die Dimension der Krise lassen im Wesentlichen zwei Interpretationen als plausibel erscheinen (Hüther, 2009):

- Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ist einerseits als eine Folge systemischer Eruptionen an den internationalen Finanzmärkten zu erklären. In diesem Fall muss die Genesung letztlich aus dem Finanzsektor kommen. Ohne eine Besserung an dieser Stelle im Sinn einer Überwindung der Misstrauenskrise wird eine nachhaltige Belebung von Konjunktur und Wachstum nicht gelingen.

- Die schwere wirtschaftliche Lage kann andererseits als eine Überinvestitionskrise infolge eines überzogenen Kapitalaufbaus und einer dahinterstehenden nicht haltbaren Kreditexpansion verstanden werden. In diesem Fall würde eine mittelfristig tragfähige Genesung eine Redimensionierung weltwirtschaftlicher Kapazitäten erfordern. Dies wäre ohne tiefgreifende Anpassungen und eine längere Stagnation nicht zu erreichen.

Der zweite Deutungsansatz erfasst die Weltkrise als stärker systemgetriebene Fehlentwicklung, die früher oder später in umfassende Anpassungsnotwendigkeiten münden musste. In der Tat hat sich im Zeitraum 2002 bis 2008 das globale Investitionsvolumen auf 14.000 Milliarden US-Dollar verdoppelt (Grömling, 2008). Allerdings hat sich diese Entwicklung zu einem großen Teil aus dem Konvergenzprozess und der Investitionsdynamik in den Entwicklungs- und Schwellenländern ergeben. Auch in einigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften – wie etwa in Deutschland – hatte sich in diesem Zeitraum eine über lange Zeit dominierende Investitionsträgheit mehr und mehr verflüchtigt. Gegen die Überinvestitionsthese spricht zudem die Tatsache, dass die dafür notwendige Kreditexpansion im Laufe dieses Jahrzehnts nicht in den Schwellenländern stattgefunden hat, sondern vor allem in den Industrieländern. Auch trägt nicht der Hinweis auf die seit Anfang der 1980er-Jahre zu beobachtende stärkere Dynamik der Kreditvolumina. Dies war zunächst eine Folge der Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs zu Beginn der 1980er-Jahre, der seinerzeit einsetzenden Deregulierung der Finanzmärkte und der Internationalisierung der Bankensysteme. Die Fehlsteuerung der Kreditwirtschaft ergab sich in diesem Jahrzehnt unter den Bedingungen einer sehr laxen Geldpolitik, die vor allem in den Industrieländern zu einer anhaltend günstigen Relation von realwirtschaftlicher Dynamik und Zinsen führte.

Vor dem Hintergrund dieser Hinweise spricht mehr für die erste Interpretation, die Wirtschaftskrise als eine Folge der Finanzkrise zu sehen. Daraus folgt, dass der Schwerpunkt wirtschaftspolitischer Bemühungen sich auf die Genesung des Finanzsektors richten muss. Die konjunkturpolitischen Aktionen sind zwar angesichts der Implosion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage gut begründbar, doch werden sie allenfalls zur Milderung der schweren Rezession beitragen können. Die Ablehnung der Überinvestitionsthese begründet zugleich besondere Skepsis gegenüber jenen Thesen, die eine Neupositionierung der deutschen Volkswirtschaft im Strukturwandel fordern und daraus zugleich den Bedarf an staatlichen Eingriffen in verschiedenen Branchen ableiten.

Finanzmärkte im Reparaturmodus

Rezessionen, die mit einer Finanzkrise einhergehen, sind schwer, und die Erholung dauert eher länger (IMF, 2009c, Kap. 3). Allerdings kann die Wirtschaftspolitik den Prozess nen-

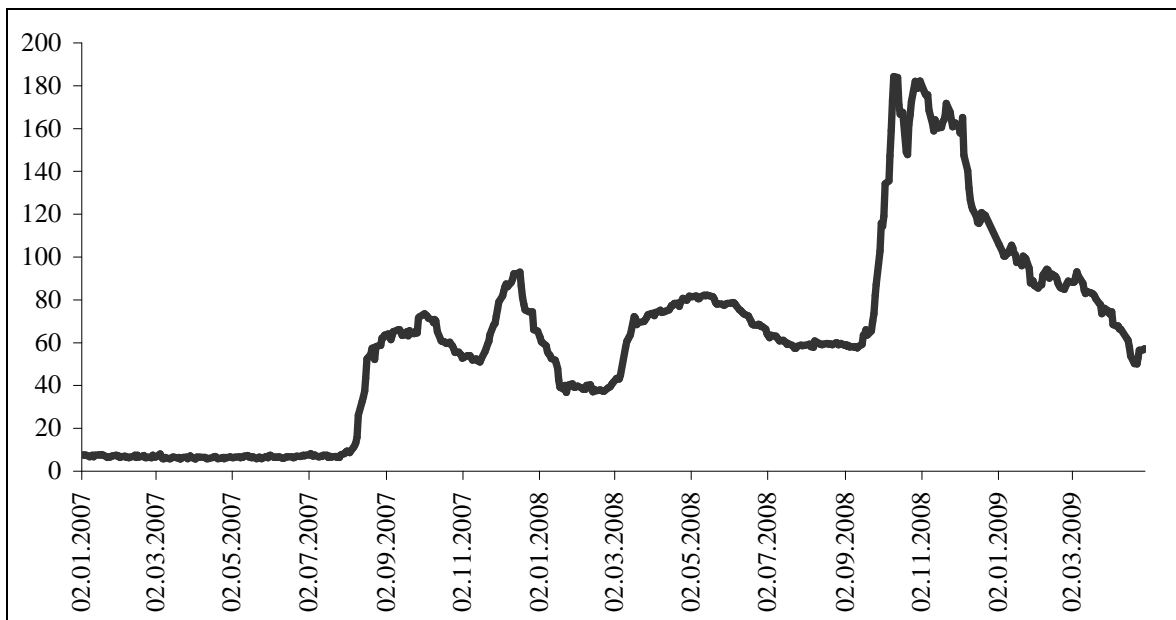
nenswert unterstützen. In der Tat ist es den Regierungen und den Zentralbanken gelungen, nunmehr die Panik, jedoch noch nicht die Anspannung, die mit der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers eingesetzt hat, aus den Geldmärkten zu nehmen.

Am deutschen Aktienmarkt – gemessen am DAX – zeigt sich seit Mitte März dieses Jahres eine Aufwärtstendenz, und der Volatilitätsindex VDax-New fällt. Da sich die Krise besonders auf den Geldmärkten austobt, ist die Entwicklung dort besonders wichtig: Die Spanne zwischen dem Euribor-3-Monatzzinssatz für unbesicherte Interbankkredite und dem Euro-3-Monatzzinssatz für besicherte Interbankkredite ist deutlich gefallen. Diese Spanne war nach der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers auf über 180 Basispunkte gestiegen. Nun hat die Spanne wieder das Niveau der Zeit vor dieser Insolvenz erreicht, ist aber noch weit von dem Niveau der Zeit vor der Krise entfernt (Abbildung 2). Das gleiche Bild ergibt sich, wenn die Nutzung des Diskontfensters bei der Europäischen Zentralbank (EZB) durch die Banken betrachtet wird. In der Spitze haben Banken diese ungünstige Anlageform in einem Umfang von über 300 Milliarden Euro genutzt. Mitte April waren es „nur“ noch 20 Milliarden Euro.

Abbildung 2

Sicherheitsaufschläge am Interbankenmarkt

Spanne zwischen dem Euribor-3-Monatzzins für unbesicherte Kredite und dem Euro-3-Monatzzins für besicherte Kredite am Interbankenmarkt in Basispunkten



Quellen: Euribor; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Einige Banken, besonders Goldman Sachs und die Bank of America, haben vergleichsweise gute Ertragszahlen vorgelegt. Allerdings darf man für Prognosezwecke nicht nur auf die Zahlen unterm Strich schauen, sondern muss die Quartalszahlen auch strukturell würdigen. Beunruhigend ist demnach, dass die Bank of America ihre Rückstellung für Kreditausfälle gegenüber dem Vorjahresquartal verdoppelt hat. Das ist kein spezielles Merkmal dieser Bank. Die gleiche Feststellung gilt ebenfalls für die Citigroup und JP Morgan, die insgesamt die entsprechenden Rückstellungen von 16 Milliarden auf 32 Milliarden US-Dollar verdoppelt haben. Ferner ist zu berücksichtigen, dass einige Banken zurzeit auch deshalb „Gewinne“ machen, weil auf der Passivseite der Bilanz die Fair-Value-Methode angewandt wird und Forderungen gegenüber den Banken an Wert verloren haben. Diese „Gewinne“ sind natürlich kein Kennzeichen einer Verbesserung der Geschäftssituation. Schließlich sind die Bilanzzahlen wegen der zusätzlich gewährten Flexibilität bei Bewertungen eher undurchsichtiger geworden.

Beunruhigend ist zudem, dass der International Monetary Fund (IMF) seine Schätzungen vom Oktober 2008 für die zu erwartenden Wertberichtigungen auf Kredite und Wertpapiere in den USA von 1.405 Milliarden auf 2.712 Milliarden US-Dollar nach oben revidiert hat (IMF, 2009c). Der IMF gibt nun auch Schätzungen für Wertberichtigungen für Kredite und Wertpapiere in Europa und Asien an. Weltweit prognostiziert er jetzt Wertberichtigungen in Höhe von 4.054 Milliarden US-Dollar. Dies ist eine gewaltige Summe. Im Vergleich zu der Bilanz der Banken von insgesamt knapp 96.000 Milliarden US-Dollar (Stand 2007) scheint dieser Betrag jedoch nicht bedrohlich. Es ist aber zu beachten, dass die Banken einen erheblichen Hebel betätigen. Im Vergleich zu Unternehmen des realwirtschaftlichen Sektors können sie wenig Eigenkapital einsetzen. Unterstellt man beispielsweise eine Eigenkapitalquote von 8 Prozent, dann hätten Banken im Jahr 2007 lediglich 7.700 Milliarden US-Dollar Eigenkapital gehabt. Wenn man berücksichtigt, dass viele Banken eine Kernkapitalquote (bezogen auf die ungewichteten Aktiva) von deutlich unter 4 Prozent aufweisen, dann wird deutlich, dass die Solvenz des Bankensystems strapaziert ist. Der IMF schätzt, dass die Banken in den USA, im Euroraum und im Vereinigten Königreich zusätzliches Eigenkapital in Höhe von 775 Milliarden US-Dollar benötigen, wenn sie ihre Eigenkapitalquote bezogen auf ungewichtete Aktiva auf 4 Prozent erhöhen wollen. Für eine Eigenkapitalquote von knapp 6 Prozent wären 1.475 Milliarden US-Dollar nötig. Gemäß der Aufstellung von Bloomberg haben Banken seit Beginn der Finanzkrise immerhin 854 Milliarden US-Dollar Eigenkapital aufnehmen können. Nimmt man diese Zahl zum Maßstab, dann müssen die Banken das Gleiche noch einmal leisten. Ob diese Reparaturarbeit weiter gelingt, hängt vor allem davon ab, wie sich die Politik positioniert. Wenn sie darauf pocht, den Banken strenge Auflagen zu machen, und wenn sie darauf besteht, dass

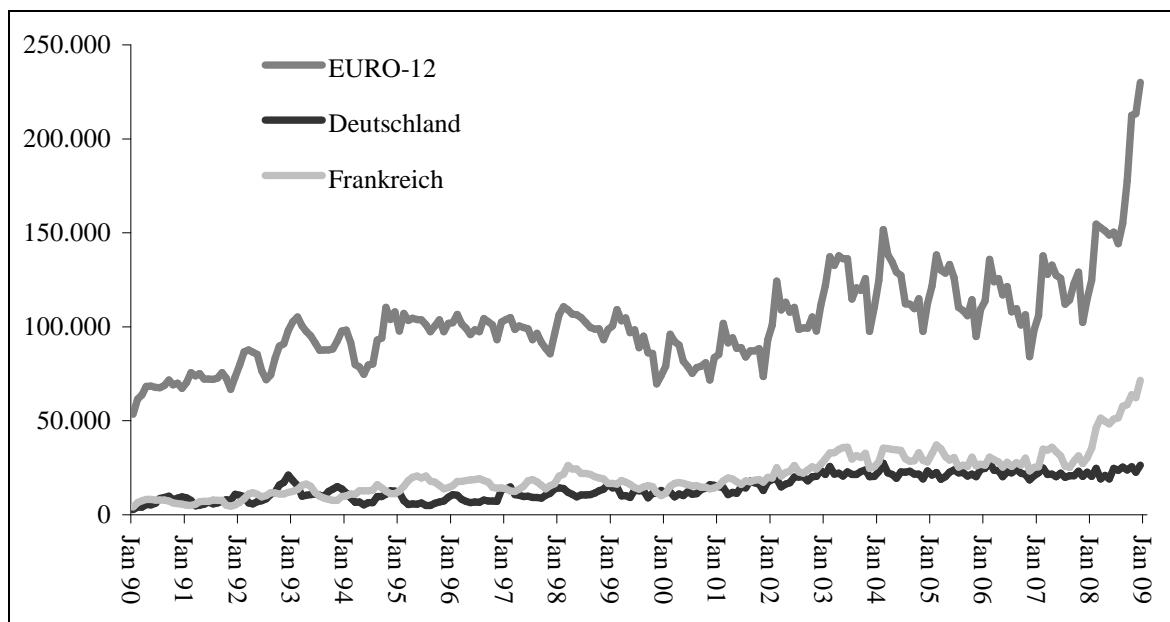
der Steuerzahler von der Gesundung der Banken profitiert, da er sie garantiert, dann untergräbt dies die Chancen für eine Reparatur der Banken mit privaten Mitteln.

Besonders für westeuropäische Banken ergibt sich ein weiteres nennenswertes Risiko durch ihr Exposure gegenüber den Schwellenländern Osteuropas (IMF, 2009c). Da sich die Weltwirtschaftskrise auf diese Volkswirtschaften überträgt, ergeben sich Risiken für die Banken dieser Länder. In einigen Schwellenländern wuchsen in den letzten Jahren die Kreditvolumen – von einem relativ niedrigen Niveau – ziemlich schnell. Dabei wurde diese Kreditexpansion zum nennenswerten Teil am internationalen Interbankenmarkt refinanziert. Dieser Markt ist jedoch massiv gestört, sodass Refinanzierungen fraglich werden und Gläubiger in Not geraten können. Ferner ist zu beachten, dass der Bankensektor der Länder Osteuropas von ausländischen Banken dominiert wird. Die Mutterbanken, die größtenteils in Westeuropa ansässig sind, haben dementsprechend auch über diesen Kanal ein nennenswertes Exposure gegenüber den Risiken in diesen Ländern.

Abbildung 3

Bruttoneuverschuldung im Euroraum

Staatliche kurz- und langfristige Neuverschuldung in Millionen Euro, gleitende 3-Monatsdurchschnitte



Quellen: EZB; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

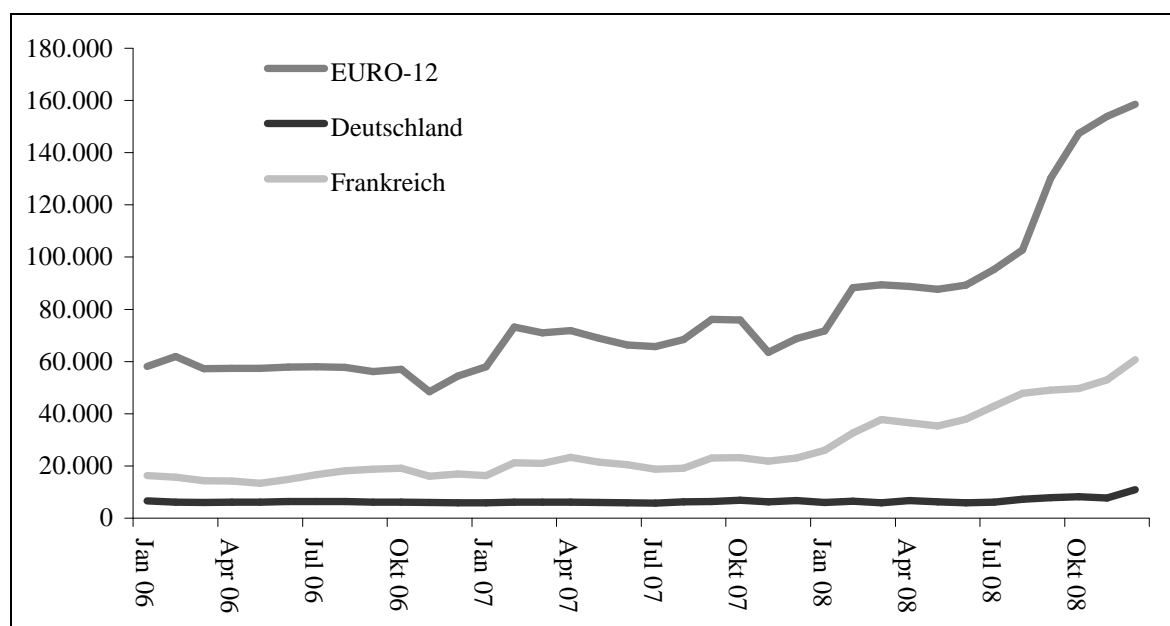
Eine Herausforderung, mit der die Finanzmärkte bisher gut umgehen können, ist die Absorption von Wertpapieren. Gemäß der Kapitalmarktstatistik der EZB hat sich die Bruttoneuverschuldung, also das Emissionsvolumen der Euroländer, nach Ausbruch der Finanzmarktkrise stark erhöht. Von Dezember 2007 bis Dezember 2008 hat sie auf Basis gleiten-

der 3-Monatsdurchschnitte von gut 100 Milliarden Euro auf 230 Milliarden Euro zugenommen (Abbildung 3). Dabei ist die Zunahme in Deutschland sehr moderat und liegt nur knapp 17 Prozent über dem Vorjahresniveau. Anders ist dies beispielsweise in Frankreich, dem zweiten großen Land in der Eurozone. Hier beträgt die Zunahme 136 Prozent. Spitzenreiter unter den traditionellen Euro-12-Ländern sind die Niederlande mit einem Zuwachs von 360 Prozent. Die neuen Eurostaaten Malta, Slowakische Republik, Slowenien und Zypern stellen nur rund 1 Prozent des Emissionsvolumens, und sie werden deshalb hier vernachlässigt, um eine zeitliche Konsistenz der betrachteten Länder herzustellen. Ungeachtet dessen stehen auch sie vor großen Herausforderungen. So hat sich zum Beispiel das Emissionsvolumen der Slowakischen Republik verneunfacht.

Abbildung 4

Kurzfristige Bruttoneuverschuldung im Euroraum

Staatliche kurzfristige Neuverschuldung in Millionen Euro, gleitende 3-Monatsdurchschnitte



Quellen: EZB; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

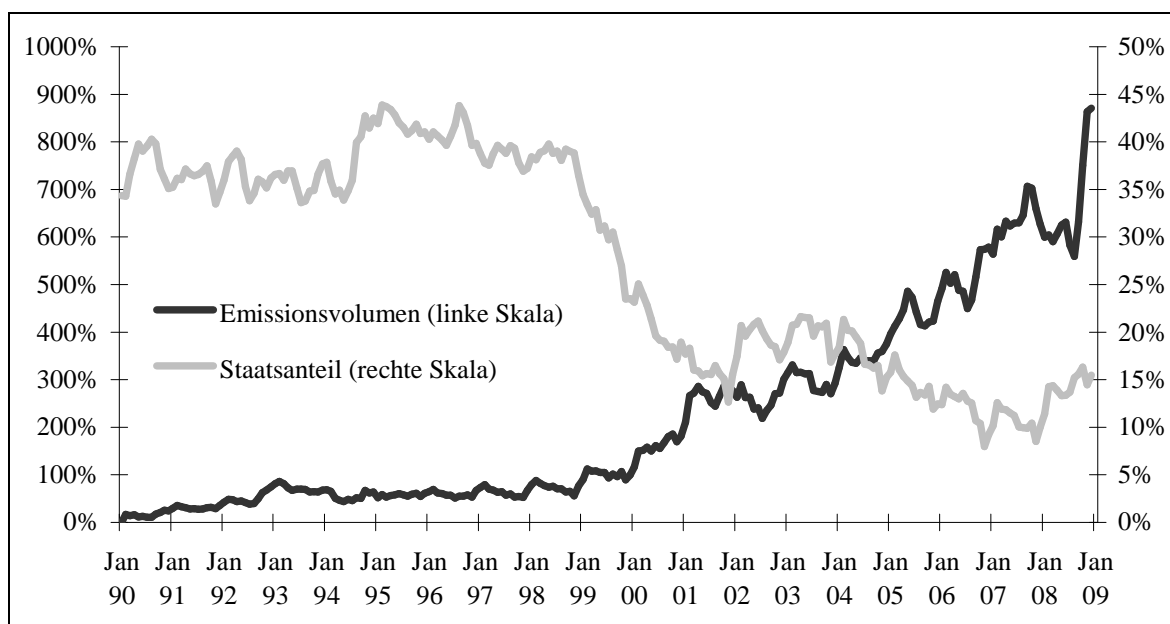
Nicht nur das Volumen, auch die Struktur der Emissionen unterscheidet sich stark in den einzelnen Euroländern. In vielen Ländern hat vor allem die kurzfristige Verschuldung stark zugenommen (Abbildung 4). Das Emissionsvolumen staatlicher Schuldtitel mit Laufzeiten von bis zu einem Jahr hat sich im Zeitraum Dezember 2007 bis Dezember 2008 von knapp 64 auf knapp 159 Milliarden Euro erhöht. Besonders Frankreich nutzt dieses Instrument verstärkt und stellt am aktuellen Rand knapp 38 Prozent der kurzfristigen staatlichen Neuemissionen. Demgegenüber nutzten die öffentlichen Haushalte in Deutschland kurzfristige Titel vor der Finanzmarktkrise nur in wesentlich geringerem Umfang, und auch der An-

stieg ist vergleichsweise gering. Bei steigenden Zinsen werden die Haushaltsspielräume im Euroraum deutlich enger. Denn bei kurzfristigen Krediten werden regelmäßige Prolongationen notwendig, die dann mit höheren Zinssätzen zu bedienen sind. In Deutschland ist dieses Risiko jedoch vergleichsweise schwach ausgeprägt.

Abbildung 5

Kreditmarktvolumen im Euroraum

Wachstum des Emissionsvolumens gegenüber Januar 1990 in Prozent (linke Skala) und Anteil der staatlichen Emissionen am gesamten Kreditmarktvolumen in Prozent (rechte Skala)



Quellen: EZB; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Der Anteil der öffentlichen Hand an den gesamten Emissionen hat sich seit Ausbruch der Finanzmarktkrise nahezu verdoppelt. Trotz der deutlich gestiegenen staatlichen Bruttoneuverschuldung liegt er mit rund 15 bis 16 Prozent aber noch weit unter dem Niveau der 1990er-Jahre (Abbildung 5). Denn seit 1990 hat sich das gesamte Emissionsvolumen im Euroraum nahezu verneunfacht. Diese größere Marktnähe der Finanzierung auch bei Unternehmen – dabei wurden teilweise traditionelle Bankkredite substituiert – ist durch die Finanzmarktkrise bisher nicht beschädigt. Eine Verdrängung der privaten marktnahen Finanzierung der Wirtschaft durch das höhere staatliche Emissionsvolumen ist bisher nicht zu befürchten: Im Januar 2009 verzeichnete die EZB-Statistik über den Bruttoabsatz von langfristigen Schuldverschreibungen auf Euro lautend von Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften einen Rekordwert von 18,6 Milliarden Euro. Die Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahresmonat des Umlaufs dieser Wertpapiere betrug im Januar dieses Jahres 5,6 Prozent und im Februar 7,8 Prozent. Sie lag damit deutlich über dem Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2008 von 3,1 Prozent. Bei den kurz- und langfristigen Schuldverschreibungen von

Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften betrug die Wachstumsrate 4,2 beziehungsweise 5,0 Prozent, während sie sich in den Jahren 2005 bis 2008 auf durchschnittlich 3,6 Prozent belief.

Gegen die Befürchtung, dass private Akteure wegen des hohen Emissionsvolumens staatlicher Wertpapiere substanzielle Schwierigkeiten bei der Ausgabe ihrer Wertpapiere haben könnten, spricht bisher auch die Entwicklung am Pfandbriefmarkt. Der Umlauf der als Inhaberschuldverschreibungen emittierten Hypothekendarlehen wächst seit Mitte 2008 mit relativ hohen Wachstumsraten. Im Januar und Februar 2009 betrug die Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahresmonat 9,1 Prozent und 7,8 Prozent. Dies ist als besonders positiv zu bewerten: Erstens, weil Darlehen verbrieft sind – wenngleich nicht mit den Konstruktionsfehlern der betroffenen strukturierten Produkte – und dementsprechend eine Ansteckung hätte drohen können. Zweitens, weil sie wie staatliche Wertpapiere vergleichsweise risikoarme Anlageformen darstellen.

Die EZB hat durch mehrere Zinsschritte günstige Finanzierungsbedingungen geschaffen. An dieser Niedrigzinspolitik wird sich auch mittelfristig nichts ändern: Obwohl die EZB massiv in das Finanzsystem eingreift und sich ihre Bilanz deutlich verlängert hat, verringerte sich das Geldmengenwachstum (M1 und M3) eher. Außerdem gehen weder vom Ölpreis noch von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage Inflationsgefahren aus. Die Leitzinsen werden im Laufe des Jahres auf 1 Prozent oder darunter sinken. Diese Niedrigzinspolitik verbessert die Finanzierungsbedingungen. Allerdings profitiert über die Zinsstrukturkurve von diesen besseren Finanzierungsbedingungen hauptsächlich der Finanzsektor. Weithin geht man nur mittelfristig von so niedrigen Zinsen aus, sodass die langfristigen Zinsen, die von den erwarteten kurzfristigen Zinsen beeinflusst werden, nicht in gleicher Weise sinken werden wie die kurzfristigen. Außerdem bleiben die Risikoprämien länger hoch, sodass allenfalls die relativ risikofreien Kredite von den Zinssenkungen profitieren werden. Dementsprechend werden die Leitzinssenkungen nur teilweise bei den realwirtschaftlichen Gläubigern ankommen: Während der Leitzins im Euroraum zurzeit um 300 Basispunkte niedriger ist als zu Beginn des Jahres 2008, sind die Zinsen für Kredite in Deutschland an Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit einer anfänglichen Laufzeit von über fünf Jahren nur um rund 50 Basispunkte niedriger. Zwar werden möglicherweise im Zeitablauf die Zinsen für lang- und mittelfristige Kredite an den realwirtschaftlichen Sektor noch etwas fallen. Die Leitzinssenkungen werden jedoch nicht in vollem Umfang weitergegeben werden.

Trotz der temporär geringen Inflationsgefahr darf man die Herausforderung, die sich aus der Bilanzverlängerung bei der EZB ergibt, nicht unterschätzen. Nur in der aktuellen angespannten Situation bleibt sie ohne Wirkung auf die Inflation. Wenn sich der Finanzmarkt substanziell erholt hat, muss die Zentralbank die Bilanzverlängerung wieder zurücknehmen und wird dabei vor einer großen politischen Herausforderung stehen. Wenn die Zentralbank dem Druck der Politik, bei einer wirtschaftlichen Erholung auf Zinserhöhungen zu verzichten, nachgibt, dann besteht die nennenswerte Gefahr einer höheren und volatileren Inflationsrate, die auch zu höheren und volatileren Nominalzinsen führt.

Die Akteure des Finanzsektors werden noch mindestens bis in das nächste Jahr hinein mit der Neuausrichtung ihrer Geschäftsmodelle beschäftigt sein, sodass man aus diesem Sektor keine positiven Impulse für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung erwarten kann.

Weltwirtschaft in der Rezession

Es hat sich bereits im Herbst 2008 angedeutet, dass die internationale Krise nicht kurzfristig überwunden werden kann. In der Folge zeigten sich im vierten Quartal des vergangenen Jahres in einigen Ländern teils sehr starke Einbrüche des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Krise hat damit längst die USA verlassen und ist nun auf alle bedeutenden Industrieländer übergeschwappt. Weltweit versuchen die wirtschaftspolitischen Akteure, durch expansive Maßnahmen der Geld- und Fiskalpolitik der Krise entgegenzusteuern. Viele Maßnahmen der staatlichen Konjunkturprogramme werden sowohl im Jahr 2009 als auch im Jahr 2010 wirken, weshalb keine genaue Trennschärfe gegeben ist. Zudem ist es möglich, dass noch weitere konjunkturpolitische Maßnahmen beschlossen werden. Bisher erreichen die reinen konjunkturpolitischen Maßnahmen durch Steuersenkungen oder zusätzliche Staatsausgaben (Saha/Weizsäcker, 2009) – das heißt ohne Maßnahmen wie staatliche Kreditzugeständnisse oder Rettungsfonds – allein im Jahr 2009 in den USA 220 Milliarden Euro (2 Prozent des BIP), in China über 230 Milliarden Euro (7,1 Prozent des BIP) und in Europa 115 Milliarden Euro (0,9 Prozent des BIP). Insgesamt wird der Umfang der finanzpolitischen Maßnahmen global auf etwa 1,1 bis 1,5 Billionen Euro geschätzt, was in etwa 3 bis 4 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung entspricht (Broyer et al., 2009).

Trotz der gigantischen Rettungspakete wird die weltwirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr um etwa 1 Prozent schrumpfen. Nach Aussage des IMF wäre dies der stärkste Schrumpfungsprozess seit Ende des Zweiten Weltkrieges (IMF, 2009a; 2009b). Der Welt-handel wird in diesem Jahr real um etwa 10 Prozent schrumpfen. Der weitere Ausblick bis in das Jahr 2010 wird vor allem davon abhängen, inwieweit die geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen greifen werden und in welchem Tempo der Gesundheits- und Bereinigungs-

prozess am Finanzmarkt voranschreitet. Der IMF verweist darauf, dass die Tatsache, dass der konjunkturelle Abschwung synchron erfolgt und mit einer Finanzkrise verbunden ist, auf eine längere Durststrecke hindeutet (IMF, 2009c). Erste positive Nachrichten – wie zum Beispiel die Entwicklung des US-Einkaufsmanagerindexes – deuten derzeit darauf hin, dass sich die Krise weiterhin stabilisiert und daher nicht mit einem zusätzlichen Abgleiten im zweiten Halbjahr 2009 gerechnet werden muss. Zurzeit ist davon auszugehen, dass mit Ende des ersten Halbjahres 2009 eine Bodenbildung erwartet werden kann und dass sich der bis heute heftige Abschwung verlangsamt. Für das Gesamtjahr 2010 wird allerdings nicht mehr als ein Aufschwung in die Stagnation erwartet. Die reale Weltwirtschaftsleistung wird im Jahr 2010 um rund 2 Prozent zunehmen, und der reale Welthandel dürfte im nächsten Jahr mit einer Rate von 1 Prozent zulegen. Die weltwirtschaftliche Entwicklung wird daher im nächsten Jahr lediglich von einer leichten wirtschaftlichen Erholung geprägt sein. Für diese Entwicklung sprechen vor allem folgende Gründe:

- Der Finanzmarkt wird bis in das nächste Jahr hinein im Reparaturmodus bleiben. Obwohl der Bereinigungsprozess weiter voranschreiten wird, können von hier keine zusätzlichen positiven wirtschaftlichen Impulse erwartet werden.
- Die Krise im realwirtschaftlichen Sektor wird zunächst weiter bestehen bleiben. Die weltweit steigende Arbeitslosigkeit wird einen stärkeren Aufschwung verhindern. Zudem wird die Investitionstätigkeit der Unternehmen weiter durch die unsicheren Aussichten belastet bleiben.
- Die weltweiten konjunkturpolitischen Maßnahmen der Geld- und Finanzpolitik werden ihre Wirkung erst mit Verzögerung entfalten und bis in das Jahr 2010 hineinwirken. Die Maßnahmen der Geldpolitik werden zunächst vornehmlich dem Bankensektor dienen und weniger der Realwirtschaft. Dies wird sich weniger stimulierend als erhofft auf Konsum und Investitionen auswirken.

USA in schwieriger Situation

Entgegen der Erwartung im Herbst 2008 hat sich die wirtschaftliche Situation in den USA über die letzten Quartale zunehmend verschlechtert. Im Gesamtjahr 2008 konnten die USA noch einen Anstieg der realen Wirtschaftsleistung von 1,1 Prozent verbuchen. Vor allem im vierten Quartal 2008 brach die Wirtschaft allerdings deutlich ein. Der Private Konsum, über die vergangenen Jahre stetig der zuverlässige Wachstumstreiber, sank im vierten Quartal um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal und lieferte damit einen negativen Wachstumsbeitrag. Ebenso bereitet nach wie vor die Investitionstätigkeit Sorgen. Die Bruttoanlageinvestitionen sanken im vierten Quartal um gut 10 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal und brachen damit im Gesamtjahr 2008 um fast 7 Prozent ein. Dies kann we-

sentlich auch durch die Immobilienkrise und den damit zusammenhängenden Bauinvestitionen begründet werden, die im Jahr 2008 in realer Rechnung um gut 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr sanken. Dagegen stützte der Außenbeitrag die US-Konjunktur. Neben einem soliden Exportwachstum führte die schwächere Konsumtätigkeit auch zu einem Rückgang der Importe. Probleme bereitet zunehmend der US-Arbeitsmarkt. Seit Beginn des Jahres 2008 wurden per saldo mehr als 5,1 Millionen Arbeitsplätze abgebaut. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich auf mittlerweile 8,5 Prozent.

Trotz der massiven Stützungsprogramme der Geldpolitik und der Konjunkturpakete der neuen US-Regierung rutschen die USA in diesem Jahr in eine handfeste Rezession, der im nächsten Jahr eine relativ sanfte Erholung folgen wird. In diesem Jahr wird das reale BIP in den USA um gut 3 Prozent sinken, im nächsten Jahr wird es um ½ Prozent ansteigen (Tabelle 1), allerdings nur unter der Voraussetzung, dass der Bereinigungsprozess am Banken- und Kapitalmarkt weiter erfolgreich voranschreitet. Folgende Gründe sprechen für diese Entwicklung:

- Die stark steigende Arbeitslosigkeit, das mangelnde Verbrauchervertrauen und die steigende Spartätigkeit werden den Privaten Konsum weiter schwächen und damit das Wachstum belasten.
- Die Stützungsmaßnahmen der US-Zentralbank können sich kurzfristig als hilfreich erweisen, werden die Investitionskrise am Immobilienmarkt und im Bausektor im Prognosezeitraum allerdings nicht nachhaltig entschärfen können.
- Im Sog der Weltwirtschaftskrise und einer potenziellen Kreditklemme werden sich auch die Unternehmen mit Investitionen zurückhaltend zeigen.
- Die Konjunkturprogramme der US-Regierung werden ihre Wirkung ab der zweiten Jahreshälfte 2009 bis in das Jahr 2010 hinein entfalten. Es bleibt allerdings fraglich, ob die Steuerentlastungen aufgrund der hohen Konsumschuldenlast der Privathaushalte die gewünschten positiven Effekte beim Privaten Konsum zeigen werden.

Asien im Sog der Krise

Auch in Asien haben sich die Konjunkturaussichten im Vergleich zum vergangenen Herbst weiter eingetrübt. Dies gilt vor allem für Japan. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt erleidet derzeit einen erdrutschartigen Einbruch der Wirtschaftsleistung und wird über den Prognosezeitraum in eine Depression abrutschen. Die japanische Wirtschaft konnte sich in den vergangenen Jahren aus dem Langzeittief befreien, und auch die Deflation schien überwunden. Dabei konnte ähnlich wie in Deutschland zunächst der Exportsektor von dem weltwirtschaftlichen Boom profitieren, bevor die Wachstumskräfte dann auf die Binnen-

wirtschaft übergangen. Im vergangenen Jahr sank das reale BIP um 0,7 Prozent. Zudem zeigte sich auch in Japan im vierten Quartal 2008 ein regelrechter Einbruch, als die reale Wirtschaftsleistung um 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückging. Japan wird daher in besonderem Maß von der internationalen Krise getroffen. In diesem Jahr wird das reale BIP um 6 Prozent einbrechen. Im nächsten Jahr wird ein moderater Zuwachs von ½ Prozent realisiert werden können. Damit besteht die Gefahr, dass Japan in den Folgejahren wieder in alte Krisenzeiten zurückfällt.

Tabelle 1

IW-Auslandsprognose

Veränderung des realen BIP gegenüber Vorjahr in Prozent

	2008	2009	2010
Deutschland	1,3	-4 ½	½
Frankreich	0,7	-2 ½	½
Italien	-1,0	-4	0
Spanien	1,2	-3	-½
Niederlande	2,0	-2 ½	½
Belgien	1,1	-2 ½	½
Österreich	1,8	-2	½
Griechenland	2,9	-1	1
Irland	-2,3	-6	-1 ½
Finnland	0,9	-2 ½	1
Portugal	0,0	-3	0
Luxemburg	0,7	-2	½
Euroländer^{1) 2)}	0,7	-3 ½	½
USA	1,1	-3	½
Japan	-0,6	-6	½
Vereinigtes Königreich	0,7	-3	½
Kanada	0,5	-2	2
Schweiz	1,6	-2	½
Industrieländer^{1) 3)}	0,7	-3 ½	½
China	9,0	7	8
Indien	7,3	5	6
Russland	5,6	-4	1
Weltwirtschaft	3,2	-1	2
Nachrichtlich: Welthandel	3,3	-10	1

1) Gewicht: BIP 2007. 2) Ohne Slowakische Republik, Slowenien, Malta und Zypern. 3) Gewichteter Durchschnitt der hier außerhalb des Euroraums angegebenen Industrieländer.

Quellen: IMF; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

In den anderen Ländern des asiatischen Wirtschaftsraums zeigen sich ebenso die Folgen der weltweiten Krise. Die chinesische Regierung hatte allerdings bereits im Herbst 2008 angekündigt, die Wirtschaftskrise mit einem massiven Konjunkturprogramm zu bekämpfen. Zudem wird ein Rückgang der Inflation stabilisierend wirken. Insgesamt ist in China in diesem Jahr mit einem Anstieg der realen Wirtschaftsleistung um 7 Prozent zu rechnen. Im nächsten Jahr wird sich der Zuwachs auf 8 Prozent belaufen. In Indien wird sich die reale Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um 5 Prozent erhöhen. Im nächsten Jahr wird der Zuwachs 6 Prozent betragen.

Teils drastische Wachstumseinbrüche in Europa

Die Konsolidierung zeigt sich auch in Europa deutlicher als noch im Herbst 2008 erwartet. Vor allem in diesem Jahr werden die Länder von einer tiefen realwirtschaftlichen Krise gekennzeichnet sein. Im Jahr 2009 wird die reale Wirtschaftsleistung der Eurozone um 3 ½ Prozent schrumpfen, im nächsten Jahr ist ein moderater Zuwachs von ½ Prozent zu erwarten. Im Zuge der Krise haben zahlreiche Länder Konjunkturprogramme beschlossen, die teilweise auch bis in das Jahr 2010 hineinreichen werden. Die Europäische Kommission gibt an, dass die angekündigten und bereits beschlossenen konjunkturellen Stützungsmaßnahmen – also einschließlich der Hilfen für den Finanzmarktsektor – für dieses und für das nächste Jahr insgesamt in Europa etwa 4 Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung ausmachen werden (Europäische Kommission, 2009). Ein solch massiver Umfang wird die europäische Konjunktur in diesem und im nächsten Jahr stützen. Aufgrund der Zeitverzögerungen, die mit konjunkturpolitischen Maßnahmen verbunden sind, und der Tatsache, dass sich die Länder der Eurozone vermutlich nicht ohne weltwirtschaftliche Hilfe aus der Krise befreien können, ist eine konjunkturelle Bodenbildung erst ab dem dritten Quartal 2009 zu erwarten. Ein Einbruch in diesem Jahr kann dadurch nicht verhindert werden. Alles in allem werden die Länder der Eurozone im nächsten Jahr aufgrund des weltwirtschaftlichen Umfelds kaum mehr als eine Stagnation verzeichnen können. Insgesamt sind alle Länder von der Krise betroffen, wenn auch in unterschiedlicher Weise:

- In einigen Ländern wie Spanien und dem Vereinigten Königreich zeigen sich die negativen Folgen des geplatzten Immobilienbooms deutlich stärker als etwa in Deutschland.
- Zahlreiche mittel- und osteuropäische Länder, die in den vergangenen Jahren durch hohe Wachstumsraten glänzen konnten und auch für Deutschland eine Art Konjunkturmotor waren, sind durch die internationale Krise an den Rand der Zahlungsunfähigkeit geraten. In den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern wird die reale Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um etwa 1 Prozent schrumpfen und im nächsten Jahr wieder um moderate 1 ½ Prozent ansteigen. In Russland, das vor allem durch den Rückgang der

Rohstoffpreise gebremst wird, wird sich das reale BIP in diesem Jahr um 4 Prozent vermindern. Im nächsten Jahr kann wieder ein moderater Zuwachs von 1 Prozent erwartet werden.

Kollabierende deutsche Exporte

Die globale Rezession trifft die deutsche Wirtschaft empfindlich über stark einbrechende Exporte. Damit ändert sich beim Wachstumsmuster, das für die deutsche Volkswirtschaft in den letzten Jahren kennzeichnend war, das Vorzeichen. Der Außenbeitrag, der im Aufschwung für hohe positive Wachstumsbeiträge gesorgt hat, wird nun zur größten Wachstumsbremse. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres lagen die nominalen und saisonbereinigten Warenausfuhren um fast 14 Prozent unter dem Wert des vierten Quartals 2008. Damit wurde der entsprechende Vorjahreswert um gut 21 Prozent unterschritten. Die Auftragseingänge aus dem Ausland signalisieren weiterhin rückläufige Exporte. Sowohl in nominaler als auch in realer Rechnung lagen die Auslandsorders bei der Industrie im Januar und Februar 2009 kumuliert um 40 Prozent unter ihrem Vorjahreswert. Gegenüber dem vierten Quartal 2008 gab es im Zeitraum Januar bis Februar 2009 auf Basis der saisonbereinigten Werte nominal und real einen Einbruch von rund 20 Prozent.

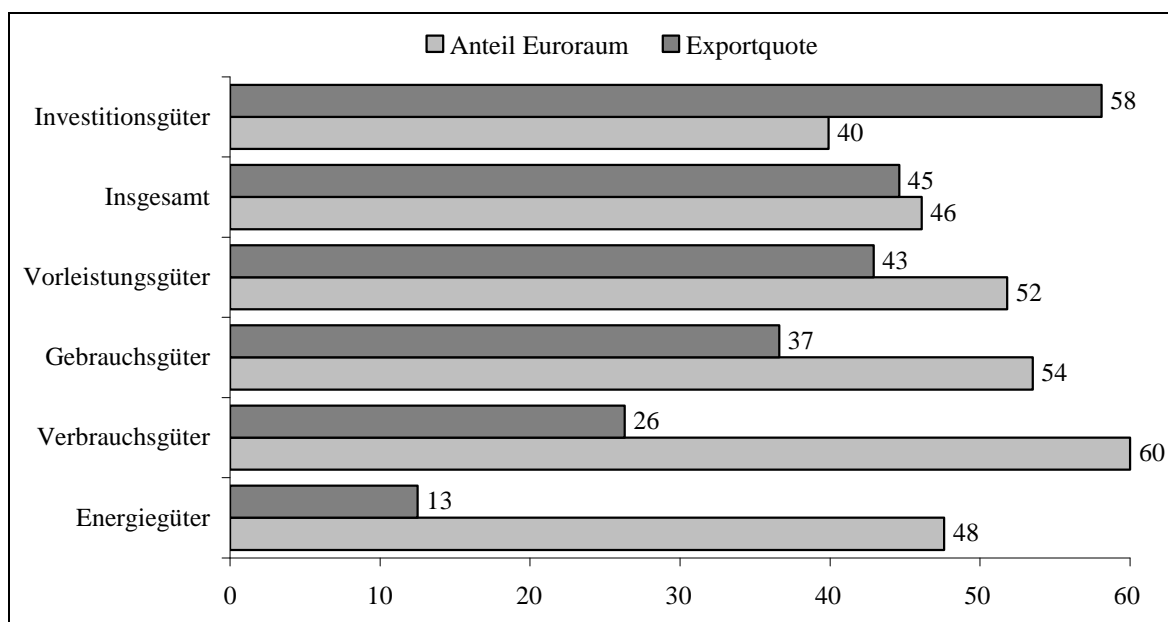
Der Einbruch des weltweiten Güterausstauschs wird auf direktem Weg die deutschen Industrieunternehmen treffen. Ihre Auslandsflanke ist der wichtigste Transmissionskanal, über den die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf die Realwirtschaft hierzulande durchschlägt. Das gesamte Exportgeschäft besteht in Deutschland zu fast 90 Prozent aus Industriewaren. Abbildung 6 zeigt vor diesem Hintergrund, wie bedeutend die Auslandsumsätze für die großen Industriegruppen sind. Die höchste Exportquote – gemessen als Auslandsumsatz in Prozent des Gesamtumsatzes – weist der Investitionsgütersektor auf. Hier entfielen im vergangenen Jahr 58 Prozent der Umsätze auf ausländische Kunden. Dieser Wirtschaftsbereich hatte im vergangenen Jahr einen Anteil in Höhe von 55 Prozent an allen industriellen Auslandsumsätzen. Das Abbrechen des globalen Investitionsbooms, der in den vorhergehenden Jahren diese Branche begünstigte (Grömling, 2008), wird sich besonders negativ niederschlagen. Jedenfalls sind hier die Auftragseingänge aus dem Ausland am stärksten eingebrochen. Im Januar und Februar 2009 – wobei sich die Situation im Februar nicht weiter verschlechterte – lagen die preis- und saisonbereinigten Auslandsbestellungen von Investitionsgütern um fast 49 Prozent unter ihrem Höhepunkt vom November 2007 und um gut 46 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Hinzu kommt, dass der Anteil des Auslandsumsatzes, der mit den 17 Ländern des Euroraums getätigt wird, mit insgesamt 40 Prozent im Vergleich mit den anderen industriellen Hauptgruppen deutlich niedriger ausfällt. Die deutschen Investitionsgüterhersteller hängen über-

proportional stark von Märkten außerhalb Europas ab. Diese Abhängigkeit wird besonders deutlich im Vergleich mit dem Konsumgütersektor, auf den jedoch nur knapp 12 Prozent der deutschen industriellen Auslandsumsätze entfallen. Vor allem im Bereich Verbrauchsgüter ist die Exportquote mit 26 Prozent vergleichsweise niedrig, und zudem liegt hier der Anteil der Mitgliedsländer des Euroraums an den gesamten Auslandsumsätzen mit 60 Prozent deutlich höher. Noch niedriger ist mit 13 Prozent der Anteil der Auslandsumsätze am Gesamtumsatz beim Energiesektor, wobei auf diesen Bereich weniger als 2 Prozent der deutschen Auslandsumsätze der Industrie entfallen.

Abbildung 6

Auslandsabhängigkeit der deutschen Industrie

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz (Exportquote) und Anteil des Auslandsumsatzes mit Ländern des Euroraums am gesamten Auslandsumsatz im Jahr 2008 in Prozent



Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Die weiteren Exportperspektiven der deutschen Wirtschaft werden von den folgenden Determinanten bestimmt:

1. Die Finanzmarktkrise hat die Weltwirtschaft so stark aus dem Tritt gebracht wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Die globalen Wirtschaftsaktivitäten werden in diesem Jahr um 1 Prozent zurückgehen. Dies ist gleichzusetzen mit einer ersten Weltwirtschaftskrise. Im nächsten Jahr kommt es zu einer moderaten Erholung, sodass im Jahresdurchschnitt 2010 das preisbereinigte globale BIP um 2 Prozent über dem Vorjahresniveau liegen wird. Vor diesem Hintergrund wird der Welthandel empfindlich getroffen. Für das Jahr 2009

wird mit einem Einbruch in einer Größenordnung von 10 Prozent gerechnet. Im kommenden Jahr wird von einem Plus in Höhe von 1 Prozent ausgegangen.

2. Im Gefolge der weltwirtschaftlichen Rezession kommen nicht nur der Welthandel, sondern auch viele globale Investitionsvorhaben unter Druck. Das gilt vor allem für das Jahr 2009. Entsprechend werden die deutschen Investitionsgüterhersteller überproportional von der Welthandelskrise getroffen. Gleichwohl können für diesen Sektor gute mittelfristige Perspektiven der deutschen Industrie gesehen werden (Grömling/Haß, 2009). Die weiter wachsende Weltbevölkerung und die Wohlstandsorientierung in vielen Ländern, Ressourcenknappheit und eine Reihe anderer Megatrends sprechen für ein baldiges Wiederanspringen der globalen Investitionstätigkeit. Sicherlich stellt sich dabei in nächster Zeit die Frage, inwiefern dafür die erforderlichen Finanzierungsmittel durch die Finanzintermediäre adäquat zur Verfügung gestellt werden.

3. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat sich durch wieder ansteigende Lohnstückkosten verschlechtert. Bereits im vergangenen Jahr stiegen die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Dies resultierte zum einen aus einem vergleichsweise hohen Arbeitskostenanstieg und einer rückläufigen Produktivitätsentwicklung. Letzteres erklärt sich aus einem fortgesetzten Beschäftigungsaufbau bei gleichzeitig rückläufiger Produktion. Da sich die konjunkturelle Entwicklung dämpfend auf die Lohnentwicklung auswirkt, wird im internationalen Vergleich keine weitere Verschlechterung der deutschen Lohnstückkostenposition erwartet.

4. Die Wechselkurssituation hat sich im Laufe des vergangenen Jahres entspannt (Abbildung 7). Seit seinem Höhepunkt im Juli 2008 mit einem Wechselkurs von 1,58 US-Dollar je Euro hat der Euro gegenüber dem US-Dollar deutlich abgewertet. In den letzten Monaten tendierte der Euro in einer Bandbreite von 1,30 bis 1,35 US-Dollar. Für den weiteren Prognosezeitraum wird von einer leichten Abwertung des US-Dollar ausgegangen und ein Wechselkurskorridor von 1,35 bis 1,40 US-Dollar je Euro unterstellt.

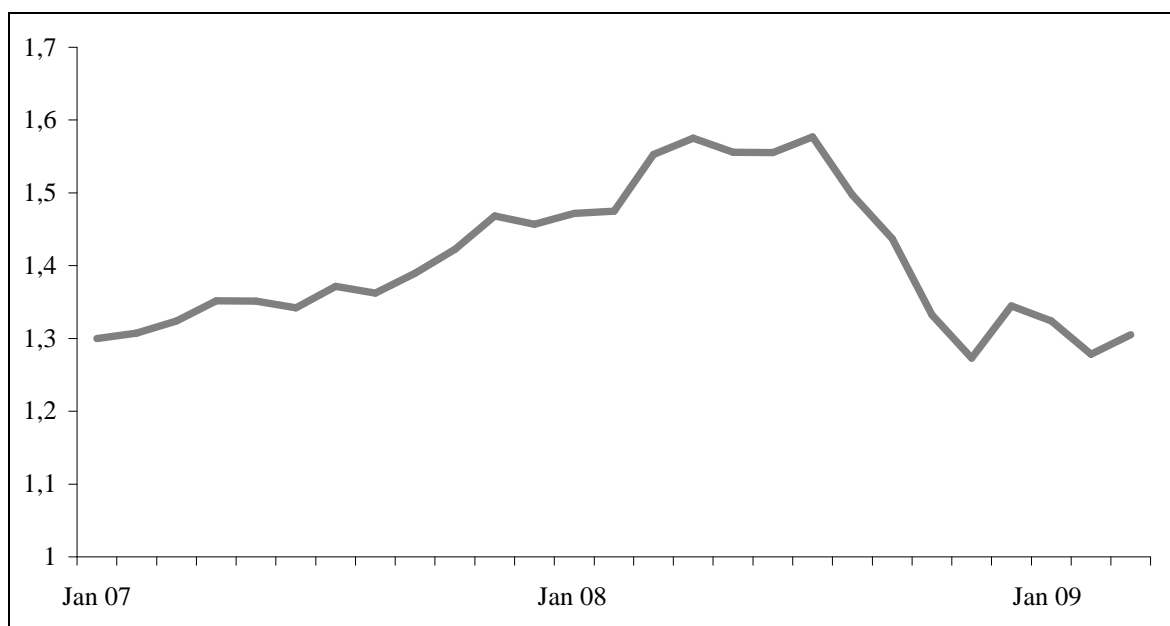
5. Die Finanzmarktkrise und die daraus resultierende Weltrezession haben in vielen Ländern zu wirtschaftspolitischen Gegenreaktionen geführt. Im globalen Rahmen wurden bis zum Prognosezeitpunkt Konjunkturpakete mit einem Umfang von 1,1 bis 1,5 Billionen Euro beschlossen. Dies dürfte ein Stück weit den Einbrüchen entgegenwirken. In diesem Zusammenhang wird allerdings auch die Gefahr eines weltweit zunehmenden Protektionismus diskutiert (Matthes, 2009). In der vorliegenden Prognose wird davon ausgegangen, dass es im Betrachtungszeitraum 2009 und 2010 zu keinen nennenswerten Beeinträchtigungen des Welthandels durch tarifäre und nichttarifäre Handelsbeschränkungen sowie durch staatlich induzierte Abwertungswettläufe kommt.

Vor diesem Hintergrund wird für das Jahr 2009 ein Einbruch der preisbereinigten Exporte von Waren und Dienstleistungen in Höhe von 17 Prozent erwartet. Durch die hohe Bedeutung der Investitionsgüter kommt der deutsche Export stärker unter Druck als der Welthandel insgesamt. Das allmähliche Anspringen der Weltkonjunktur wird im kommenden Jahr zu einem Exportwachstum in Höhe von 2 Prozent führen. Die deutschen Importe werden im Jahr 2009 um 11 Prozent unter ihrem Vorjahreswert liegen. Dies liegt vor allem am Einbruch des internationalen Vorleistungsaustauschs. Im kommenden Jahr werden die Importe um 1 Prozent expandieren. Rund drei Viertel des gesamten Wachstumseinbruchs in Deutschland im Jahr 2009 resultieren demnach aus dem stark einbrechenden Außenbeitrag. Im Jahr 2010 wird der Außenbeitrag wieder einen leicht positiven Wachstumsbeitrag leisten.

Abbildung 7

Wechselkurs des Euro

US-Dollar je Euro



Quellen: Deutsche Bundesbank; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Ausrüstungsinvestitionen brechen stark ein

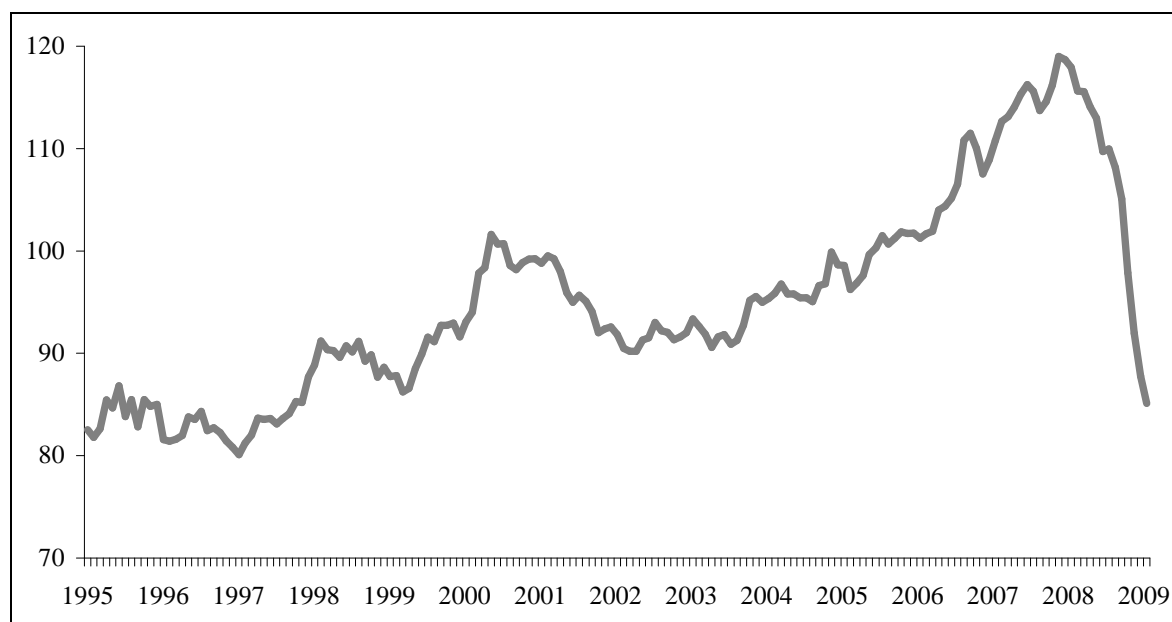
Die Ausrüstungsinvestitionen sind in der Regel die konjunktursensibelste Verwendungskomponente des BIP. Unternehmen reagieren auf negative Angebots- und Nachfrageschocks vergleichsweise schnell über eine Anpassung ihrer Investitionspläne. Im Gefolge der sich mehr und mehr verschärfenden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise kam der im Jahr 2004 gestartete Investitionszyklus bereits zur Jahresmitte 2008 zum Erliegen. Im vierten Quartal 2008 unterschritten die preis- und saisonbereinigten Ausrüstungsinvestitionen

bereits das Volumen des vorhergehenden Quartals um 5 Prozent und den Vorjahreswert um 2,4 Prozent. Die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterproduzenten signalisieren, dass sich die Investitionstätigkeit in Deutschland im Jahr 2009 weiter verschlechtern wird (Abbildung 8). Die Auftragseingänge aus dem Inland bei den deutschen Investitionsgüterproduzenten waren bereits seit Ende 2007 rückläufig. Seit September 2008 hat sich allerdings der Ordereinbruch dramatisch beschleunigt. In den Monaten August 2008 bis Februar 2009 fielen die Inlandsbestellungen um mehr als ein Viertel – verglichen mit dem Höhepunkt im Dezember 2007 um über 30 Prozent. Im Vergleich dazu fällt der Einbruch der Inlandsorders von Investitionsgütern nach dem Platzen der New-Economy-Blase recht moderat aus. In dem fast zwei Jahre andauernden Zeitraum ab Mai 2000 fielen die preis- und saisonbereinigten Auftragseingänge aus dem Inland bei den deutschen Investitionsgüterproduzenten insgesamt nur um gut 11 Prozent (Abbildung 8).

Abbildung 8

Inlandsaufträge der Investitionsgüterproduzenten

Preis- und saisonbereinigte Auftragseingänge der deutschen Investitionsgüterhersteller aus dem Inland; gleitende 3-Monatsdurchschnitte; Index 2005 = 100



Quellen: Deutsche Bundesbank; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Auch auf Basis der Frühjahrsumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) wird sich die Investitionstätigkeit hierzulande in diesem Jahr markant verschlechtern. Nur noch gut 11 Prozent der befragten Unternehmen gehen davon aus, im Jahr 2009 ihre Investitionen gegenüber dem Vorjahr zu erhöhen. Dagegen beabsichtigen 57 Prozent der Firmen geringere Investitionsausgaben. Die Differenz zwischen positiven und negati-

ven Meldungen stellt im Vergleich mit früheren Konjunkturkrisen einen Negativrekord dar. Die gesamtwirtschaftlichen Investitionen in Deutschland hängen im Prognosezeitraum von den folgenden Annahmen ab:

1. Vor dem Hintergrund der schlechten Weltwirtschafts- und Welthandelsaussichten werden die exportorientierten Unternehmen in Deutschland Investitionsprojekte in nennenswertem Umfang auf den Prüfstand stellen, aufschieben und kürzen. Die Erweiterung von Produktionskapazitäten dürfte in diesem Jahr keine Rolle spielen.
2. Auf Basis des ifo-Konjunkturtests berichten die Unternehmen in Deutschland seit Mitte 2007 von einer ansteigenden Kredithürde (ifo, 2009). Im März 2009 meldeten 42 Prozent der befragten Unternehmen aus der gewerblichen Wirtschaft eine restriktivere Kreditvergabe – im August 2007 waren es nur knapp 23 Prozent. Vor allem bei den großen Unternehmen hat sich die Finanzierungssituation markant verschlechtert. Hier beklagt mehr als die Hälfte eine restriktive Kreditgewährung, vor zwei Jahren waren es nur gut 8 Prozent. Dabei dürften mehr und mehr die konjunkturellen Risiken in den Vordergrund rücken und weniger die direkten Folgen der Finanzmarktkrise. Das Zinsniveau wird aus Sicht der Investoren im gesamten Prognosezeitraum vergleichsweise günstig bleiben. Die geldpolitischen Impulse in Form niedriger Zentralbankzinsen werden jedoch nicht in vollem Umfang in Form niedriger Kreditzinsen weitergegeben.

Gemäß dieser Annahmen und der dramatischen Auftragsentwicklung wird davon ausgegangen, dass die realen Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland im Jahr 2009 um 15 Prozent einbrechen. In der Nachkriegszeit wurde ein solcher Einbruch in Westdeutschland beziehungsweise in Deutschland nach 1991 nur annähernd im Jahr 1993 mit –14,4 Prozent erreicht. Dabei setzt sich der Rückgang der Investitionstätigkeit bis zum Jahresende 2009 – allerdings mit abgebremstem Tempo – fort. Im kommenden Jahr kommt es lediglich zu einer leichten Erholung bei den Ausrüstungsinvestitionen. Im Jahresdurchschnitt 2010 werden die realen Ausrüstungsinvestitionen jedoch nur das Vorjahresniveau erreichen.

Staat bremst Einbruch der Bauinvestitionen

Die Bauinvestitionen befinden sich in Deutschland auf Basis preis- und saisonbereinigter Werte bereits nach dem ersten Quartal 2008 in einer Rückwärtsbewegung. Gleichwohl konnte infolge des sehr guten ersten Quartals im Gesamtjahr 2008 noch ein Plus von 0,8 Prozent erzielt werden. Der im Jahr 2005 einsetzende Erholungstrend ist damit aber beendet. Dabei müssen sicherlich neben den konjunkturellen Impulsen die Sondereffekte durch die Abschaffung der Eigenheimzulage und die Erhöhung der Mehrwertsteuer berücksichtigt werden. Die Finanzmarktkrise hat für die Entwicklung der Bauinvestitionen in

Deutschland im Prognosezeitraum sowohl negative als auch positive Effekte. Dies zeigt sich deutlich bei den einzelnen Bausparten:

1. Der Wohnungsbau wird von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise beeinträchtigt. Die ansteigende Arbeitslosigkeit, die rückläufigen verfügbaren Einkommen der Privaten Haushalte und deren Verunsicherung infolge der Finanzmarktkrise werden sich dämpfend auf die Wohnungsbautätigkeit auswirken. Positive Effekte entstehen durch die rückläufigen Hypothekenzinsen und steuerliche Impulse, zum Beispiel durch die Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen. Insgesamt reicht dies aber nicht aus für eine Zunahme der Wohnungsbauinvestitionen. Sowohl im Jahr 2009 als auch 2010 werden diese Investitionen leicht rückläufig sein.

2. Der Wirtschaftsbau gerät sehr stark in den negativen Sog der Finanzmarktkrise und der allgemeinen Wirtschaftsrezession. Der Einbruch bei den Unternehmensinvestitionen lässt hier im Jahr 2009 nahezu zweistellige Rückgänge erwarten. Auch im Jahr 2010 werden die preisbereinigten Investitionen in Wirtschaftsbauten leicht rückläufig sein.

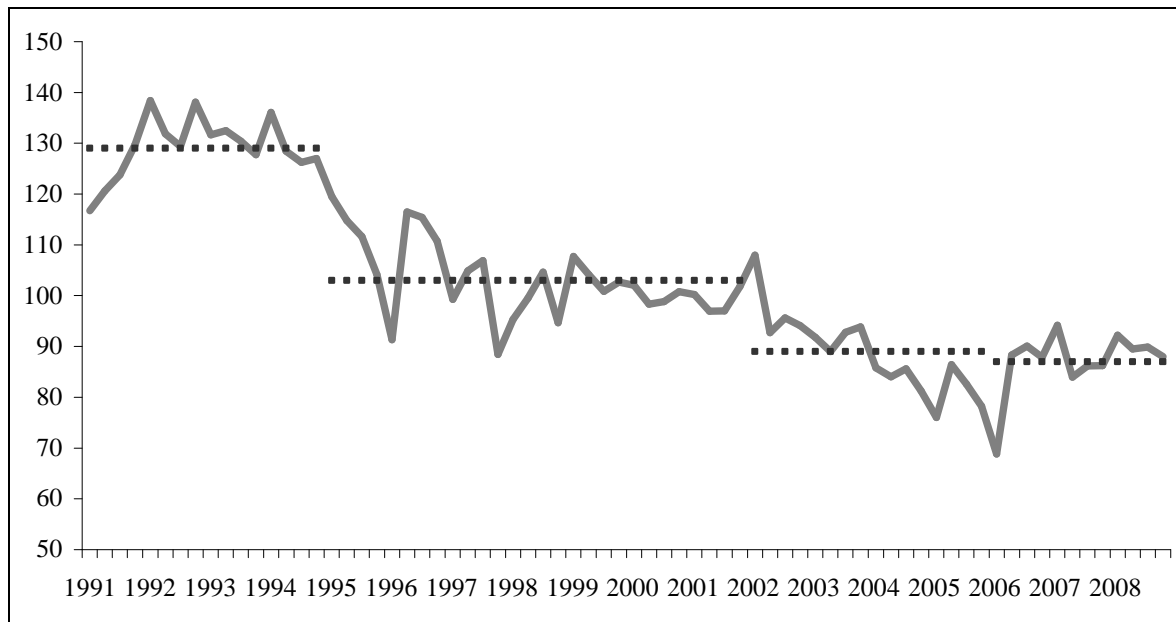
3. Durch die Impulse infolge der Konjunkturpakete wird der öffentliche Bau zum Hoffnungsträger für die Bauwirtschaft. Abbildung 9 zeigt, dass hier unabhängig von den konjunkturellen Sondermaßnahmen erhebliches Potenzial besteht. Auch im jüngsten Aufschwung lagen die staatlichen Bauinvestitionen im Durchschnitt unter dem der vorhergehenden Schwächephase und vor allem unter dem Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2001, die bereits von erheblichen Anpassungsprozessen im Gefolge des Wiedervereinigungsbooms in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre geprägt waren. Im Rahmen der Konjunkturpakete stehen für die Jahre 2009 und 2010 über rund 17 Milliarden Euro für öffentliche Investitionen zur Verfügung. Sicherlich muss hier relativierend eingewandt werden, dass dies wegen möglicher Mitnahmeeffekte nicht unbedingt als ein zusätzliches öffentliches Bauvolumen zu interpretieren ist. Ein Teil der beabsichtigten Vorhaben wird nun im Rahmen der Konjunkturpakete realisiert. Mittelfristig wird aber auch der öffentliche Bau die Folgen der allgemeinen Rezession zu spüren bekommen, und zwar über rückläufige Steuereinnahmen. Die öffentlichen Bauinvestitionen werden in preisbereinigter Rechnung im Jahr 2009 fast zweistellig und im Jahr 2010 um weit über 10 Prozent expandieren. Dabei ist in Rechnung gestellt, dass es im Baubereich stellenweise zu leicht ansteigenden Preisen kommt.

Insgesamt werden die realen Bauinvestitionen in diesem Jahr in Deutschland um 3 Prozent sinken. Das liegt auch am Unterhang aus dem Vorjahr in Höhe von -1,9 Prozent. Im Laufe des ersten Halbjahres 2009 wird die Trendwende vollzogen. Im kommenden Jahr expandieren die Bauinvestitionen um gut 2 Prozent, wobei sich in der zweiten Jahreshälfte eine Rückwärtsbewegung einstellen wird.

Abbildung 9

Staatliche Bauinvestitionen in Deutschland

Preis- und saisonbereinigte Werte sowie Jahresdurchschnitte für ausgewählte Zeiträume¹⁾; Index 2000 = 100



1) Ausgewählte Zeiträume: 1991 bis 1994; 1995 bis 2001; 2002 bis 2005; 2006 bis 2008.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Anhaltender Rückgang des Konsums

Die Konsumausgaben der Privaten Haushalte in Deutschland sind im vergangenen Jahr im Jahresdurchschnitt bereits um 0,1 Prozent zurückgegangen. Dies lag allerdings vorwiegend in der vergleichsweise hohen Inflation begründet. Auf nominaler Basis stiegen die Privaten Konsumausgaben im Jahr 2008 um 2,1 Prozent an. Dies kann mit der weiteren Erholung am Arbeitsmarkt und den ansteigenden Tarif- und Effektivverdiensten erklärt werden. Der Anstieg der Verbraucherpreise – auf Basis des Deflators des Privaten Konsums um 2,2 Prozent oder auf Basis des Verbraucherpreisindexes sogar in Höhe von 2,6 Prozent – hat die nominale Konsumsteigerung jedoch aufgezehrt. Vor allem in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres stieg die Inflationsrate aufgrund der stark in die Höhe geschossenen Energiepreise auf fast 3 Prozent an. Im weiteren Jahresverlauf hat sich die Inflationsrate unter dem Einfluss der einbrechenden Energie- und Rohstoffpreise spürbar zurückgebildet. Der weitere Verlauf des Privaten Verbrauchs in den Jahren 2009 und 2010 wird von den folgenden Entwicklungen abhängen:

1. Vom Arbeitsmarkt kommen im Prognosezeitraum keine unterstützenden Impulse mehr. Vielmehr wird sich der in diesem Jahr beschleunigende Beschäftigungsabbau sowohl über

die Entwicklung der Verfügbaren Einkommen als auch über die Spartätigkeit negativ auf die Konsumausgaben der Privaten Haushalte auswirken.

2. Die gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung wird zum einen über den Arbeitsplatzabbau belastet. Zum anderen werden die individuellen Einkommen – ungeachtet der Überhänge aus den Tarifabschlüssen vom vergangenen Jahr – vor dem Hintergrund der dramatischen konjunkturellen Verschlechterung kaum noch ansteigen. Die Vermögenseinkommen der Privaten Haushalte werden von den Gewinneinbrüchen der Unternehmen über niedrigere oder ausbleibende Ausschüttungen (z. B. Dividenden), durch die allgemeine Börsenentwicklung und die niedrigen Anlagezinsen empfindlich getroffen.

3. Der Staat beeinflusst die Einkommens- und Konsumdynamik der Privaten Haushalte in vielfältiger Weise. Zum Ersten wird die Entwicklung der Nettoeinkommen durch die Senkung des Einkommensteuertarifs und die Rückkehr zur alten Regelung der Pendlerpauschale begünstigt. Zum Zweiten werden Familien durch die Aufstockung des Kindergelds, durch die Erhöhung des ALG-II-Regelsatzes für Kinder und durch den Kinderbonus im Rahmen des Konjunkturpakets stärker gefördert. Auch die sogenannte Abwrackprämie für den Kauf neuer Personenkraftwagen stimuliert die Privaten Konsumausgaben, wenngleich es hier auch zu Substitutionseffekten kommt.

4. Die Abwrackprämie wird die Spartätigkeit der Privaten Haushalte beeinflussen. Es ist davon auszugehen, dass im ersten Halbjahr 2009 ein Teil der Ersparnisse und der laufenden Spartätigkeit herangezogen wird, um in Kombination mit der staatlichen Förderung neue PKWs zu kaufen. Danach wird es zu einer merklichen Gegenreaktion kommen. Ein höherer Anteil der laufenden Einkommen wird zur Ersparnisbildung herangezogen werden, um den vorgezogenen Vermögensabbau zu kompensieren. Die Sparneigung wird sich dann zusätzlich vor dem Hintergrund der sich deutlich verschlechternden Konjunktur erhöhen.

5. Der Kaufkraftentzug durch steigende Preise wird in diesem Jahr den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung annehmen. Bereits seit Mitte des vergangenen Jahres hat sich die Preissteigerungsrate unter dem Einfluss stark einbrechender Energie- und Rohstoffpreise zurückgebildet. Im März 2009 belief sich der Anstieg des Verbraucherpreisindex auf nur noch 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise stiegen die Konsumpreise um 1,1 Prozent an. Die konjunkturelle Lage wird das Preisklima im Prognosezeitraum ruhig halten. Für das Jahr 2009 wird eine Inflationsrate in Höhe von ½ Prozent und für das Jahr 2010 in Höhe von 1 Prozent erwartet. Dabei kommt es allerdings im Zeitablauf zu einem leicht beschleunigten Anstieg des Verbraucherpreisindex, was durch die expansive Geldpolitik und die wieder allmählich anziehenden Energie- und Rohstoffpreise zu erklären ist.

Auf Basis dieser Annahmen wird der Private Verbrauch in Deutschland im Prognosezeitraum weitgehend rückläufig sein. Die staatlichen Maßnahmen werden vor allem im ersten Halbjahr 2009 stimulierende Effekte haben, ohne dass es zu einem merklichen Anstieg der Konsumausgaben insgesamt kommen wird. Für das Jahr 2009 wird ein leichtes Minus bei den realen Konsumausgaben der Privaten Haushalte erwartet. Der statistische Unterhang und die sich zunächst beschleunigende Rückwärtsbewegung sorgen im Jahr 2010 für einen Rückgang der realen Konsumausgaben in Deutschland in Höhe von 1 Prozent.

Einbruch der Industrieproduktion

Die weltweite Konjunkturkrise wird in Deutschland in erster Linie auf die Industrie durchschlagen. Die Ausführungen zu den Exportperspektiven der deutschen Wirtschaft erklären dies. Die Auftragseingänge aus dem Inland und vor allem dem Ausland signalisieren bereits, dass das Jahr 2009 mit einem Rekordeinbruch bei der Industrieproduktion einhergehen wird. Laut Consensus Forecasts vom April 2009 rechnen die befragten Institute mit einem Rückgang der deutschen Industrieproduktion in Höhe von fast 15 Prozent. Auch die Branchenergebnisse der Frühjahrsbefragung des IW Köln lassen eine sehr schlechte Entwicklung in nächster Zeit erkennen. Die vom IW Köln im April 2009 befragten Unternehmen gehen mit überwiegender Mehrheit nicht davon aus, dass im Jahr 2009 eine konjunkturelle Wende nach oben vollzogen wird. 70 Prozent der Firmen in West- und Ostdeutschland schließen aus Sicht ihres Unternehmens eine Erholung in diesem Jahr aus. Nur 22 Prozent der Firmen im Westen und 17 Prozent im Osten erwarten 2009 für ihren Betrieb die Wende nach oben. In Westdeutschland haben sich die Perspektiven im Vergleich zum Herbst 2008 erheblich stärker eingetrübt als im Osten. Im Westen gehen derzeit zwei Drittel der befragten Betriebe von einer rückläufigen Produktion im Jahr 2009 aus – im Herbst 2008 waren es 37,5 Prozent. Nur knapp ein Zehntel der Firmen erwartet ein Produktionsplus (Herbst 2008: 24 Prozent). In Ostdeutschland gehen 53 Prozent der Unternehmen von einem Produktionseinbruch in diesem Jahr aus, immerhin 14 Prozent erwarten einen Zuwachs. Im Herbst waren 32 Prozent auf einen Produktionsrückgang und 26 Prozent auf einen Zuwachs in diesem Jahr eingestellt. Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland trifft die globale Wirtschaftskrise die Investitionsgüterhersteller am stärksten. Für das Jahr 2009 erwarten in diesem Bereich 82 Prozent der westdeutschen und 72 Prozent der ostdeutschen Firmen einen Produktionsrückgang. Nur 7,5 beziehungsweise 9 Prozent gehen von einer steigenden Produktion aus. Im Bereich des Grundstoff- und Produktionsgütersektors rechnen 76 Prozent der westdeutschen und 64,5 Prozent der ostdeutschen Firmen mit einem Rückgang. Mit den relativ besten Perspektiven stehen derzeit die Bauunternehmen da, wenngleich auch hier das Lager der Pessimisten bei weitem dominiert. 52 Prozent der Bauunternehmen im Westen und 47 Prozent im Osten erwarten in diesem Jahr einen Produktions-

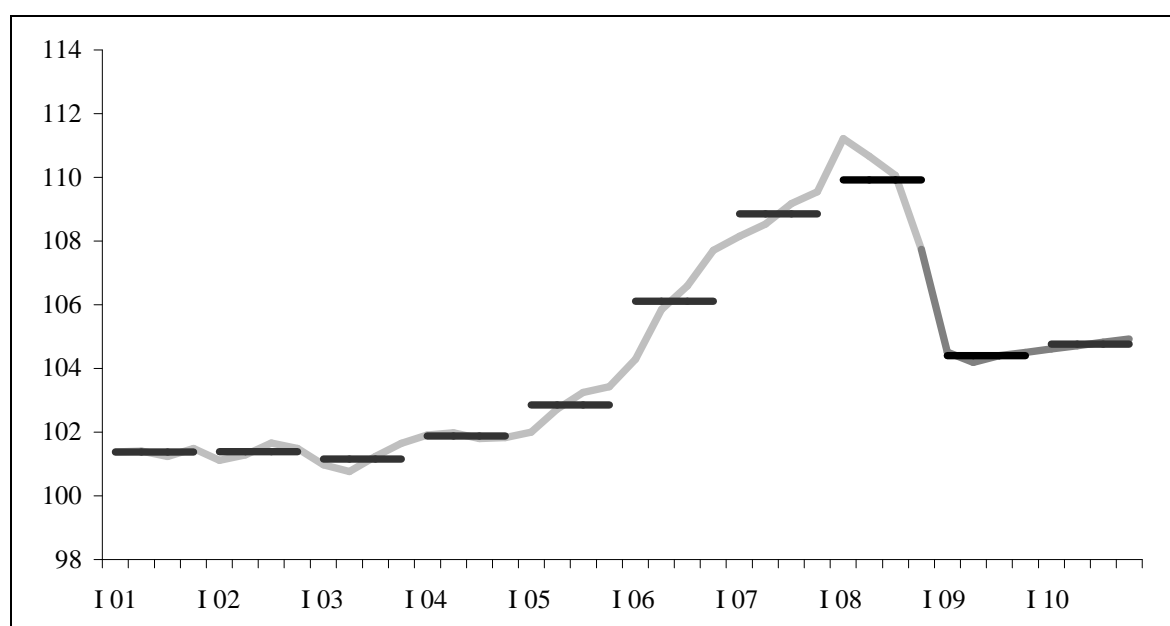
rückgang. Allerdings gehen knapp 15 Prozent im Osten und gut 11 Prozent im Westen – offensichtlich infolge der den Bausektor stimulierenden Maßnahmen im Rahmen der Konjunkturpakete – von einer ansteigenden Wirtschaftstätigkeit ihres Unternehmens im Jahr 2009 aus.

Vor dem Hintergrund der erwarteten Entwicklung auf der Entstehungsseite und bei den Verwendungsaggregaten wird das reale BIP in Deutschland im Jahr 2009 um gut 4 ½ Prozent sinken (Abbildung 10). Das ist der stärkste Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten seit dem Zweiten Weltkrieg. Dabei kommt es vor allem im ersten Quartal 2009 zu einem großen Einbruch, der sich im zweiten Quartal leicht fortsetzt. Mit dem dritten Quartal 2009 kommt es zu einer Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Dies ist auch als eine Gegenreaktion zu den starken Einbrüchen in den vorhergehenden Quartalen zu verstehen. Eine nennenswerte konjunkturelle Trendwende findet zunächst nicht statt. Vielmehr setzt sich die Seitwärtsbewegung mit ganz leichten Auftriebstendenzen bis zum Ende des Prognosezeitraums fort. Dementsprechend wird im Jahr 2010 nur ein Zuwachs beim realen BIP in Höhe von knapp ½ Prozent erzielt. Während sich im Laufe des Betrachtungszeitraums die außenwirtschaftlichen Belastungen mehr und mehr zurückbilden, kommen die negativen Effekte der einbrechenden Investitionstätigkeit und vor allem des rückläufigen Konsums stärker zum Vorschein.

Abbildung 10

BIP-Verlauf in Deutschland

Entwicklung des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP; Index 2000 = 100; Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Arbeitsmarkt vor großer Belastung

Das Jahr 2008 brachte trotz bereits begonnener Konjunkturkrise noch einmal gute Ergebnisse für die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes mit sich. Die Anzahl der Erwerbstätigen stieg um 560.000 auf das Rekordniveau von 40,33 Millionen Personen, und die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wuchs sogar um über 600.000 Personen. Die Arbeitslosigkeit sank auf das niedrigste Niveau seit 1992. Allerdings zeigte sich ab November 2008 eine beschleunigte Abwärtstendenz, die sich bis in das Frühjahr 2009 ungebremst fortsetzte. Im März 2009 wurde der Stand der Arbeitslosigkeit aus dem Vorjahresmonat um knapp 80.000 Personen übertroffen. Noch im September 2008 waren im Vergleich zum Vorjahresmonat 460.000 Arbeitslose weniger registriert. Die plötzliche Eintrübung reflektiert die wie üblich um einige Monate verzögerte Reaktion des Arbeitsmarktes auf die konjunkturelle Entwicklung.

Die Hoffnung, dass die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre den Arbeitsmarkt krisenfester gemacht haben, erfüllt sich nur teilweise. Zwar führten die Reformen zu einer Verringerung des Mismatches auf dem deutschen Arbeitsmarkt – also der gleichzeitigen Inzidenz von Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel (Bach et al., 2009). Aber die Reaktionsstärke des Arbeitsmarktes auf konjunkturelle Impulse wird dadurch nicht notwendigerweise abgeschwächt. Somit verringerte sich zwar das Niveau der Arbeitslosigkeit, nicht aber deren Anstieg in der Krise. Angesichts der Reformen besteht auch wenig Veranlassung, eine größere Konjunkturabhängigkeit des Arbeitsmarktes zu vermuten. Die Reformen haben vielmehr zu einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes geführt. Die Deregulierung der Arbeitnehmerüberlassung oder die Hartz-IV-Reform hat es ermöglicht, dass Personen mit geringen Qualifikationen verstärkt am Arbeitsmarkt auftreten und dort auch Beschäftigung finden. Wenn aber der vergangene Aufschwung von einer stärkeren Inklusion geringproduktiver Arbeitskräfte charakterisiert war, muss damit gerechnet werden, dass diese neu geschaffenen Arbeitsplätze in der Konjunkturkrise in besonderem Maß zur Disposition stehen. Denn Beschäftigte in einfachen Tätigkeiten verfügen über wenig betriebspezifisches Humankapital. Die Betriebe haben somit wenige Anreize, solche Beschäftigte über den bestehenden Bedarf hinaus zu halten.

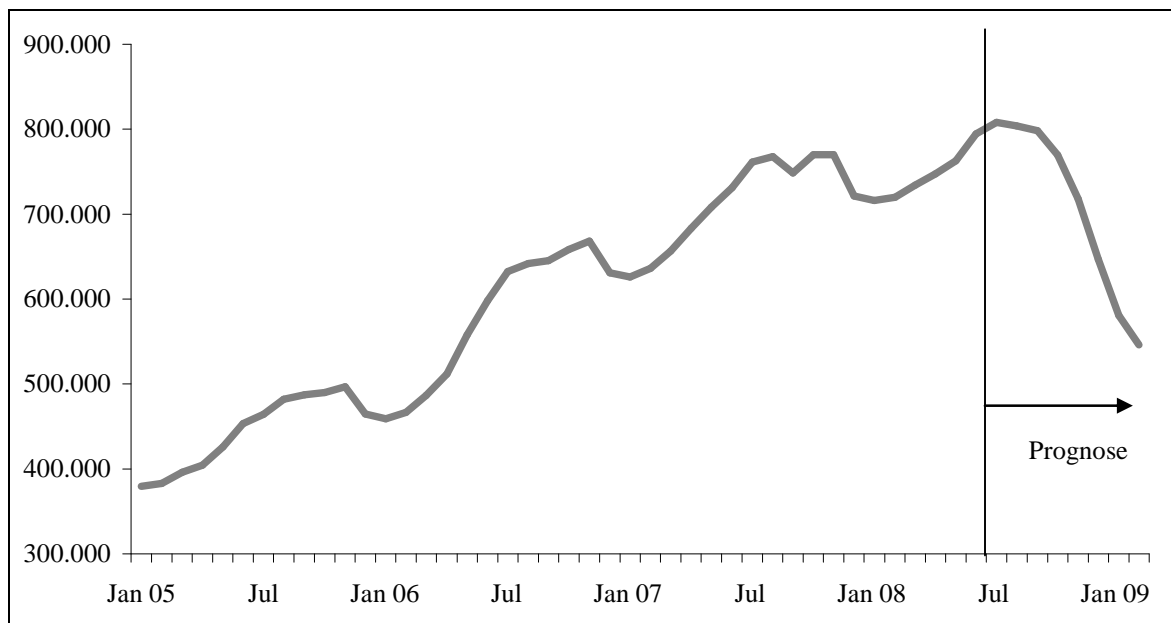
Diese eine Seite betrieblicher Personalanpassungsstrategien in der Krise kommt im Markt der Arbeitnehmerüberlassung zum Ausdruck. Die Beschäftigung von Geringqualifizierten ist in den vergangenen Jahren verstärkt auf dem Weg der Zeitarbeit organisiert worden: Rund 46 Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Hilfsarbeiter waren im Juni 2008 in der Arbeitnehmerüberlassung beschäftigt. Von 2005 bis 2008 hat sich ihre Anzahl nahezu verdoppelt. Im Zuge zurückgehender Auftragseingänge schließen die Kundenunter-

nehmen der Zeitarbeit keine neuen oder verlängerten Verträge mit den Zeitarbeitsunternehmen. In der März-Befragung des IW-BZA-Zeitarbeitsindex gaben 83 Prozent der mit ihrer Beschäftigtenzahl gewichteten Unternehmen an, einen Rückgang bei der Nachfrage nach Hilfsarbeitskräften zu verspüren. Auch Metall- und Elektroberufe sind mit 73 Prozent stark von einem Nachfragerückgang betroffen, während andere Berufsbereiche zu weniger als 50 Prozent von einer Abnahme betroffen waren. Der Nachfragerückgang mündet zwar nicht automatisch in der Freisetzung von Personal. Angesichts der Schwere des Einbruchs ist aber davon auszugehen, dass es vielen Zeitarbeitsunternehmen nicht gelingt, die Zeitarbeitnehmer in anderen Unternehmen einzusetzen. Je länger die Krise andauert, desto mehr Zeitarbeitsfirmen nehmen Entlassungen vor oder verlängern befristete Verträge mit ihren Beschäftigten nicht.

Abbildung 11

Entwicklung der Zeitarbeit in Deutschland

Anzahl der Zeitarbeitnehmer, ab Juli 2008 Prognose auf Basis des IW-BZA-Zeitarbeitsindex



Quellen: BA; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist ein deutlicher Rückgang der Anzahl der Zeitarbeitnehmer. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) veröffentlicht Daten zur Arbeitnehmerüberlassung nur unregelmäßig. Die verfügbaren Daten geben den Stand von Juni 2008 wieder. Aktuell ist der IW-BZA-Zeitarbeitsindex, bei dem die Anzahl der überlassenen Arbeitnehmer anhand von Befragungsergebnissen von Zeitarbeitsunternehmen zu ihrer aktuellen Lage geschätzt wird (Abbildung 11). Demnach ist seit dem Höhepunkt der Zeitarbeitsbeschäfti-

gung im Sommer 2008 die Anzahl der Beschäftigten um rund 30 Prozent auf rund 550.000 Personen zurückgegangen.

Die andere Seite betrieblicher Anpassungsstrategien betrifft qualifizierte Fachkräfte. Angesichts des demografischen Trends, der im Jahr 2009 das Erwerbspersonenpotenzial um 150.000 Personen schrumpfen lassen wird, sind Unternehmen zunehmend darauf angewiesen, ihre Fachkräftebasis langfristig zu sichern. Der im vergangenen Aufschwung in einigen Branchen deutlich zutage getretene Fachkräftemangel vergrößert die Anreize, qualifizierte Arbeitnehmer auch in Phasen der Unterauslastung zu halten, um im Falle der wirtschaftlichen Erholung keine Ressourcen für die aufwendige Akquisition von Fachpersonal aufwenden zu müssen. Für diese Fälle sieht das Sozialgesetzbuch III eine Abfederung durch das Kurzarbeitergeld vor. Die Bundesregierung hat durch verschiedene Maßnahmen die Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld erleichtert. Die bislang verfügbaren Informationen deuten darauf hin, dass diese Maßnahmen wirken und Kurzarbeit in erheblichem Umfang genutzt wird. Daten zur Kurzarbeit im ersten Quartal 2009 liegen zwar erst Ende Mai vor. Verfügbar sind aber Daten zu den Anzeigen von Kurzarbeit. Dabei handelt es sich um die Mitteilungen der Betriebe an die Arbeitsagenturen, dass die Einführung von Kurzarbeit beabsichtigt wird. Inwieweit daraus die Zahlung von Kurzarbeitergeld resultiert, ist ungewiss. Dennoch lässt sich feststellen, dass die Kurzarbeit explosionsartig zunimmt. Nachdem die Anzahl der Anzeigen jahrelang unter 100.000 lag, stieg sie im Dezember 2008 auf fast 300.000 und im Februar schließlich auf fast 700.000 an. In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurde insgesamt für 1,66 Millionen Arbeitnehmer Kurzarbeit angezeigt. 77 Prozent davon entfielen auf das Verarbeitende Gewerbe. Ungewiss ist, wie lange Kurzarbeit dazu beitragen wird, Entlassungen zu vermeiden. Selbst wenn ein Arbeitsausfall von 100 Prozent festgestellt wird, sind fixe Personalkosten und gegebenenfalls tarifliche Ergänzungen des Kurzarbeitergelds weiterhin zu tragen. Es erscheint daher fraglich, ob die Unternehmen überhaupt den bislang vorgesehenen Rahmen der Kurzarbeit von 18 Monaten Bezugsdauer ausschöpfen werden. Die beabsichtigte Verlängerung der maximalen Bezugsdauer auf 24 Monate dürfte nur geringe Effekte auslösen.

Die massive Ausweitung der Kurzarbeit verhindert nicht, dass das Jahr 2009 im Gefolge des Konjunkturunbruchs von einem deutlichen Rückgang der Erwerbstätigkeit gekennzeichnet sein wird (Tabelle 2). Trotz eines leichten Überhangs aus dem Vorjahr wird die Anzahl der Erwerbstätigen um fast 1 ½ Prozent zurückgehen. Dies ist der stärkste Rückgang seit 1993. Die konjunkturelle Arbeitslosigkeit steigt spiegelbildlich stark an. Im Dezember 2009 könnte die Marke von 4 Millionen Arbeitslosen erreicht werden. Im Jahresdurchschnitt 2009 nimmt die Anzahl der registrierten Arbeitslosen um gut 480.000 Perso-

nen zu. Die stark gestiegene Kurzarbeit wird zu einer Senkung der jahresdurchschnittlichen Arbeitszeit je Arbeitnehmer führen. Im Ergebnis wird das Arbeitsvolumen um über 2 Prozent zurückgehen. Da sich die Situation im Jahresverlauf 2009 weiter eintrübt, wird das Jahr 2010 mit einem Unterhangeffekt belastet. Zudem ist das Wachstum noch zu gering, um einen deutlichen Erholungseffekt auf dem Arbeitsmarkt zu bewirken. Auch die Lohnpolitik im Jahr 2009, die 2010 beschäftigungswirksam wird, wird keine ausreichend positiven Akzente setzen können. Daher wird die Erwerbstätigkeit 2010 noch einmal in der gleichen Größenordnung schrumpfen wie im Vorjahr. Für beide Jahre ergibt sich insgesamt ein Verlust von rund 1,1 Millionen Arbeitsplätzen. Die Arbeitslosigkeit steigt im Jahresdurchschnitt 2010 wieder auf deutlich über 4 Millionen Personen. Damit geht ein erheblicher Teil der in den Jahren 2006 bis 2008 erreichten Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt wieder verloren. Auf der anderen Seite ist zunächst keine Fortsetzung des Hysterese-Phänomens absehbar, demzufolge die Arbeitslosigkeit in jeder Krise über den Wert der vorangegangenen Krise hinaus ansteigt. Vielmehr wird die Arbeitslosigkeit auch im Jahr 2010 recht deutlich unterhalb des Höchststandes von 2005 mit jahresdurchschnittlich 4,86 Millionen Personen bleiben.

Tabelle 2

Arbeitsmarkt in Deutschland

	2008	2009	2010	2009	2010
	Absolute Werte			Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	
Erwerbstätige im Inland (in 1.000)	40.330	39.790	39.220	-1 ½	-1 ½
Jährliche Arbeitszeit (in Stunden)	1.432	1.419	1.422	-1	+0
Arbeitsvolumen (in Mrd. Stunden)	57,8	56,5	55,8	-2	-1
Reales BIP	-	-	-	-4 ½	½
Reales BIP je Erwerbstätigen	-	-	-	-3	2
Reales BIP je Erwerbstätigenstunde	-	-	-	-2 ½	1 ½
Erwerbslose nach ILO (in 1.000)	3.131	3.650	4.200	-	-
Erwerbslosenquote (in Prozent)	7,2	8,4	9,7	-	-
Registrierte Arbeitslose (in 1.000)	3.268	3.750	4.310	-	-
Arbeitslosenquote (in Prozent)	7,8	8,6	9,9	-	-

Quellen: BA; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Öffentliche Haushalte in Zeiten der Krise

Im Jahr 2008 hat der Staat insgesamt einen nahezu ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Obwohl die Konjunktur bereits im zweiten Quartal einbrach, betrug das Defizit nur 0,1 Prozent des BIP. Hauptgrund dafür war die konstant gute Einnahmesituation. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Steuereinnahmen um 2,9 Prozent an, und die Sozialbeiträge legten trotz Senkung der Beitragssätze um 2 Prozent zu. Diese positive Entwicklung setzt sich im Prognosezeitraum nicht fort. 2009 werden die Steuereinnahmen mit einem Minus von knapp 3 ½ Prozent den stärksten Rückgang seit 2001 verzeichnen. Ursächlich hierfür sind sowohl die konjunkturelle Entwicklung als auch diskretionäre gesetzliche Änderungen, vor allem bei der Einkommensteuer.

Die Neuregelungen sind teilweise eine Reaktion auf die Wirtschaftskrise. Die wesentliche steuerliche Maßnahme im Rahmen des Konjunkturprogramms II ist die Senkung des Einkommensteuertarifs. Die erste Stufe trat rückwirkend zu Beginn des Jahres 2009 in Kraft, die zweite wird 2010 wirksam. Für 2009 rechnet das Bundesfinanzministerium mit Steuerausfällen von 3,1 Milliarden Euro, für 2010 mit 5,8 Milliarden Euro. Die zweite fiskalisch bedeutsame Änderung des Einkommensteuergesetzes ist die auf zwei Jahre befristete Wiedereinführung der degressiven Abschreibung auf bewegliches Anlagevermögen mit einem Höchstsatz von 25 Prozent. Diese Maßnahme gilt auch für Kapitalgesellschaften und wird in den beiden Jahren des Prognosezeitraums voraussichtlich zu Mindereinnahmen von 1,9 und 4,3 Milliarden Euro führen. Die Anhebung des Kinderfreibetrags ab 2009 und die Erhöhung des Kindergelds sind hingegen für die Steuereinnahmen in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nur von geringer Bedeutung. Denn das Kindergeld ist die bei weitem dominierende Komponente und zählt zu den monetären Sozialleistungen, das heißt, es wird nicht wie in der Finanzstatistik aus dem Einkommensteueraufkommen herausgebucht. In die gleiche Kategorie fällt auch der Kinderbonus von 100 Euro pro Kind, der fiskalische Kosten von 1,8 Milliarden Euro verursacht.

Von fiskalisch höherem Gewicht sind die vom Bundesverfassungsgericht induzierten Änderungen der Einkommensteuer. Die Begrenzung der Entfernungspauschale auf Wegstrecken über 20 Kilometer wurde für unzulässig erklärt, und die alte Regelung musste wieder eingeführt werden. Da auch zu viel erhobene Steuern rückwirkend erstattet werden müssen, sinkt dadurch das Einkommensteueraufkommen 2009 um knapp 6 Milliarden Euro. Im Jahr 2010 und in den Folgejahren sind es jeweils 2,5 Milliarden Euro. Die größten Aufkommenseinbußen löst die vom Bundesverfassungsgericht geforderte höhere Absetzbarkeit der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge ab 2010 aus. Dies führt zu Mindereinnahmen von 8,1 Milliarden Euro. In der vollen Jahreswirkung führen alle die Einkommen- und

Ertragsteuern betreffenden Maßnahmen zu Aufkommenseinbußen von rund 23 Milliarden Euro. Mehr als 80 Prozent davon werden als dauerhafte Mindereinnahmen zu Buche schlagen. Demgegenüber sinken die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen 2009 nur wesentlich geringfügiger. Hier wirken die verzögerte Reaktion des Arbeitsmarktes auf die Krise und die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zusammen. Außerdem wirken sich die Senkungen der Beiträge zur BA und zur Gesetzlichen Krankenversicherung mit insgesamt knapp 6,5 Milliarden Euro geringer aus als die steuerlichen Maßnahmen. Für 2010 wurde zusätzlich eine Revision der zu Beginn des Jahres 2009 erfolgten Senkung der Beiträge zur BA um 0,5 Prozentpunkte unterstellt. Der Beitragssatz steigt in der vorliegenden Prognose wieder auf 3,3 Prozent, um das konjunkturbedingte Defizit zu begrenzen.

Auf der Ausgabenseite stehen vor allem die in einer Wirtschaftskrise steigenden sozialen Leistungen im Blickfeld. Die BA hat wegen der steigenden Arbeitslosenzahlen bereits einen Nachtragshaushalt mit einem Defizit von 11 Milliarden Euro für 2009 vorgelegt, das aber voraussichtlich zu gering veranschlagt ist. Dieses Defizit kann die BA noch aus ihren Reserven abdecken, sodass für 2009 keine Erhöhungen des Beitragssatzes unterstellt wurden. Dies erfolgt in dieser Prognose erst für das Jahr 2010. Trotzdem wird die BA mit einem hohen Defizit abschließen, da die eingearbeitete Erhöhung niedriger ausfällt, als sie sein müsste, um die konjunkturelle Erholung nicht zu gefährden.

Daneben stellen die Ausgaben aus den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung die zweite wesentliche Determinante für die Ausgabenentwicklung dar. Im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit steht bisher die Abwrackprämie für PKW. Hierfür waren ursprünglich bis Ende 2009 Ausgaben von 1,5 Milliarden Euro veranschlagt. Allerdings ist diese Maßnahme von der Bundesregierung aufgrund der hohen Inanspruchnahme auf 5 Milliarden Euro aufgestockt worden. Dieser Betrag geht auch als Ausgabe in die Prognose ein. Zur allgemeinen Konjunkturbelebung hat die Bundesregierung den Investitions- und Tilgungsfonds aufgelegt, durch den Fördermittel von bis zu 16,9 Milliarden Euro bereitgestellt werden können. Dadurch werden den Ländern Finanzhilfen für bedeutsame Investitionsvorhaben der Länder und Gemeinden in Höhe von insgesamt 10 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Davon soll die Hälfte bis Ende 2009 abgerufen werden. Für 2010 fehlt eine vergleichbare Regelung. Bei allen Investitionen haben die Länder und Gemeinden einen Kofinanzierungsanteil von 25 Prozent zu tragen, sodass die aus dem Konjunkturprogramm resultierenden öffentlichen Vorhaben insgesamt 12,5 Milliarden Euro betragen können. Mit diesem Programm dürften aber zumindest teilweise Investitionen finanziert werden, die die Länder und Gemeinden ohnehin geplant hatten. Es bleibt jedoch offen, inwiefern die Kofinanzierungspflicht einen Engpass darstellt, denn bereits stark verschuldete

Gemeinden sind möglicherweise nicht in der Lage, größere Beträge aufzubringen. Daher ist unsicher, welche Beträge tatsächlich abgerufen werden. Für diese Prognose wurde unterstellt, dass 2009 zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von 4 Milliarden Euro erfolgen und 2010 von 3 Milliarden Euro. Damit wird zum einen der Abrufklausel 2009 Rechnung getragen, wobei 2009 bewilligte Projekte auch erst in 2010 ausgabenwirksam werden können. Zum anderen fehlt 2010 eine Abrufpflicht, und einige Kommunen dürften mit den verpflichtenden Eigenanteilen aus 2009 ihre Haushaltsspielräume ausgeschöpft haben. Dadurch steigen in beiden Jahren des Prognosezeitraums die staatlichen Bruttoinvestitionen um jeweils gut 13 Prozent.

Durch diese Maßnahmen steigen die Ausgaben im Jahr 2009 um gut 4 ½ Prozent stark an. 2010 ist der Anstieg mit weniger als 2 Prozent deutlich geringer, da einmalige Posten wie die Abwrackprämie entfallen, aber auch keine weiteren Belastungen aus der Finanzkrise unterstellt werden. Durch die starke Zunahme der Ausgaben steigt die Staatsquote 2009 auf 47 ½ Prozent an. Auch 2009 nimmt sie weiter zu, da das Ausgabenwachstum höher bleibt als das Wachstum des nominalen BIP. Auch die Abgabenquote nimmt 2009 zu, aber nicht, weil die Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen steigen, sondern weil sie langsamer zurückgehen als das BIP. Im Jahr 2010 tritt dann auch hier ein recht deutlicher Rückgang um gut 1 Prozentpunkt ein.

Tabelle 3

Staatskonto für Deutschland

	2008	2009	2010
in Milliarden Euro			
Einnahmen	1.091,1	1.068	1.041
Steuern	593,2	573	556
Sozialbeiträge	407,8	405	401
Ausgaben	1.094,4	1.144	1.165
Arbeitnehmerentgelt	171,5	176	180
Soziale Leistungen	606,9	637	658
Bruttoinvestitionen	38,0	43	49
Finanzierungssaldo	-3,3	-77	-124
in Prozent des BIP			
Staatsquote	43,9	47 ½	47 ½
Abgabenquote	39,7	40	39
Finanzierungssaldo	-0,1	-3	-5

Insgesamt wird das öffentliche Defizit 2009 gut 3 Prozent des BIP betragen. 2010 steigt es sogar auf über 5 Prozent des BIP an (Tabelle 3). Somit liegt es in beiden Jahren über der im Europäischen Stabilitätspakt festgelegten 3-Prozent-Grenze. Dies hat aber im Prognosezeitraum keine Auswirkung, da der Pakt eine Ausnahmeregelung für schwerwiegende Rezessionen enthält.

Wirtschaftspolitik in der Krise

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer tiefen Rezession. Anders als in früheren Rezessionen sprechen diesmal die Symptome eindeutig für eine keynesianische Krisensituation: Die Nachfrage bricht in einem bisher ungekannten Ausmaß und Tempo weg. Die Anpassungsfähigkeit der Angebotsseite der deutschen Volkswirtschaft ist überfordert. In einer solchen Ausnahmesituation ist es richtig, dass der Staat die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aktiv stützt, um die Erwartungen von Konsumenten und Unternehmern zu stabilisieren und so eine drohende, sich selbst beschleunigende Abwärtsspirale zu vermeiden. Mit den beiden Konjunkturpaketen vom Herbst 2008 und Frühjahr 2009 gibt der Staat in den Jahren 2009 und 2010 einen fiskalischen Impuls von insgesamt 82 bis 85 Milliarden Euro oder gut 1,5 Prozent des BIP dieser beiden Jahre. Sowohl vom Umfang als auch von der Struktur her sind die Impulse grundsätzlich richtig gesetzt. Mit Steuerentlastungen, der Senkung von Sozialbeiträgen und staatlichen Investitionen in die Infrastruktur wird die öffentliche Hand ihrem Anspruch, eine konjunkturgerechte Wachstumspolitik zu verfolgen, durchaus gerecht. Dies gilt allerdings nicht für alle Maßnahmen, weil von einigen, wie zum Beispiel dem Kinderbonus, zwar möglicherweise ein kurzfristiger Konsumimpuls ausgeht, aber keine dauerhafte Verbesserung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum erkennbar ist. Bezogen auf das Konjunkturpaket II, erfüllen IW-Berechnungen zufolge insgesamt 38 Milliarden der 50 Milliarden Euro, also immerhin drei Viertel, das Kriterium der Wachstumsorientierung (Tabelle 4). Um eine noch höhere Quote zu erreichen, hätte der Gesetzgeber in stärkerem Umfang auf steuerliche Entlastungen setzen sollen.

Tabelle 4

Wachstumsfördernde Elemente des Konjunkturpakets II

Angaben für die Jahre 2009 und 2010 in Milliarden Euro

Investitionsausgaben	18,7
Steuererleichterung	9,1
Abgabensenkung (Arbeitslosen- und Krankenversicherung)	10,0
Wachstumskonforme Haushaltsbelastung insgesamt	37,8
Konjunkturpaket insgesamt	50,0

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Da sich die Konjunktur am aktuellen Rand weiter eintrübt, werden bereits Forderungen nach einem Konjunkturpaket III erhoben. Die Bundesregierung sollte dem Drängen und der Versuchung widerstehen, den beiden Konjunkturpaketen ein weiteres folgen zu lassen. Zum einen ist es noch zu früh, um die Wirkung der beiden ersten Konjunkturpakete beurteilen zu können. Zum anderen dürfen bei den öffentlichen Haushalten nicht alle Dämme brechen. Sie sind bereits stark defizitär. Ein unkontrollierter Anstieg der Staatsverschuldung ist keine Stütze, sondern eine Belastung für einen nachhaltigen Wachstumsprozess nach der Krise. Denn die ansteigende Staatsverschuldung weckt zu Recht bei Bürgern und Unternehmen die Erwartung auf steigende Steuerbelastungen in der Zukunft.

Auch sollte die Bundesregierung davon Abstand nehmen, weitere Rettungspakete für die Realwirtschaft zu schnüren. Anders als im Finanzsektor geht es hier nicht um die Beherrschung systemischer Risiken. So schmerzhaft die Insolvenz eines großen Unternehmens für eine Region und viele Zulieferbetriebe sein mag, die Volkswirtschaft insgesamt kann dies verkraften. Selektive Industriepolitik löst auf Dauer keine Probleme. Die Überlegungen sollten sich nicht darauf richten, einzelne Unternehmen und deren Arbeitsplätze zu retten. Damit würde sich der Staat übernehmen, zumal er nicht beurteilen kann, welches Unternehmen über ein zukunftsfähiges Konzept verfügt und welches nicht. Hinzu kommt, dass er damit in unzulässiger Weise den Wettbewerb verzerrt, vor allem zulasten der mittelständischen Unternehmen. Geholfen werden aber muss den Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, in ihrem Bemühen, schnell wieder einen neuen Arbeitsplatz zu finden. An kurzfristigen Maßnahmen sind allenfalls Liquiditätshilfen für Unternehmen in Form von Steuererstattungen sinnvoll, damit diese die Krise mit einem möglichst hohen Beschäftigungsstand überbrücken können. Dies wäre ordnungspolitisch vertretbar, da die Steuervorauszahlungen ohnehin nur an die sinkenden Gewinne der Unternehmen angepasst würden. Das ist besonders relevant bei der Gewerbesteuer: Für viele Personenunternehmen könnte die Gewerbesteuer effektiv werden, weil die Verrechnung mit der Einkommensteuerschuld nicht mehr möglich ist. Hinzu kommt, dass die Gewerbesteuer immer noch ertragsunabhängige Elemente enthält.

Die Finanzmärkte haben sich vom Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers immer noch nicht erholt. Nach wie vor ist das Verhältnis zwischen den Banken von Misstrauen geprägt, und es besteht die Gefahr, dass es zu einer Kreditklemme kommt, was die Rezession verschärfen würde. Ziel muss es deshalb sein, das Bankensystem so schnell wie möglich wieder funktionsfähig zu machen und es in die Lage zu versetzen, die Unternehmen mit den notwendigen Krediten zu versorgen. Die Maßnahmen zur Unterstützung des Finanzsektors wegen der unmittelbaren Auswirkungen der Finanzkrise haben ihren Zweck

einigermaßen erfüllt. Einerseits nutzen die Banken insbesondere die Möglichkeit der Staatsgarantie, um sich über entsprechende Anleihen zu refinanzieren, und zahlreiche Banken haben Eigenkapital erhalten. Andererseits muss man eine hohe Risikoscheu der Banken bei der Kreditvergabe befürchten. Ergebnisse zur Kreditvergabepraxis und die Ausichten über dieselbe liefern noch keinen Nachweis für eine Kreditklemme, aber die Anzeichen verschärfter Bedingungen mehren sich deutlich. Einen einfachen Königsweg kann es nicht geben: Selbst wenn man mittels staatlicher Hilfen in Form von Eigenkapital und Garantien die Refinanzierung der Banken erleichtert, werden diese wegen der Unsicherheit über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und wegen der Risiken, die bereits in ihren Bilanzen enthalten sind, relativ risikoscheu agieren. Würde man die Banken dazu bringen, relativ unvorsichtig Kredite zu vergeben, dann wären dadurch neue Fehlentwicklungen angelegt. Allerdings kann die Politik besonders auf der Ebene der Bankenaufsicht eine ursachengerechte Verschärfung des Problems verhindern, indem sie die in den Eigenkapitalregeln eingebaute Prozyklizität abstellt. Dies kann und sollte auf internationaler Ebene koordiniert werden. Banken, die wegen solcher Maßnahmen nur relativ schwache Eigenkapitalquoten erreichen, könnten dann in entsprechender Höhe auflagenfreies Eigenkapital beispielsweise in Form von Vorzugsaktien vom Staat erhalten, das dann abgeschmolzen wird, wenn die Risikostruktur der Aktiva ihre Prozyklizität wieder verliert.

Die Politik muss anerkennen, dass private Akteure von der Gesundung der Banken profitieren müssen, da sie sich anderenfalls daran nicht beteiligen. Bisher – und wegen der bevorstehenden Bundestagswahl – betonen die Politiker, dass man die Mittel der Steuerzahler schützen will. Regelmäßig werden Forderungen formuliert, die Rettungspakete so zu konstruieren, dass der Steuerzahler auch von einer Gesundung profitiert, also an den Wertsteigerungen partizipiert, vor allem wenn diese Wertsteigerungen nur durch staatliche Garantien ermöglicht werden. Allerdings werden durch jeden Euro, den man für den Staat reserviert, die Aussichten für privates Engagement verringert. Wenn der Staat den privaten Akteuren zu geringe Aussichten auf Restrukturierungsgewinne lässt, dann muss er sich nicht wundern, wenn sich private Akteure nicht beteiligen. Auf diese Weise wird der hohe Anteil des Staates im Bankensektor zementiert.

Die Hoffnung liegt darin, dass die Konjunktur gegen Ende dieses Jahres wieder Tritt fasst und es dann langsam wieder bergauf geht. Spätestens nach 2010 ist es an der Zeit, die öffentlichen Haushalte wieder zu konsolidieren und die Defizite konsequent zurückzufahren. Die Bundesregierung und die Bundesländer planen, mit der Schuldenbremse hier einen grundsätzlich richtigen Weg zu beschreiten. Es ist zu hoffen, dass diese Idee den Weg ins deutsche Grundgesetz findet. Es wird kritisiert, dass die Schuldenbremse, die dem Bund

bis 2016 und den Ländern bis 2020 Zeit gibt, die Defizite auf null oder nahe null zu reduzieren, wenig ehrgeizig sei. Das trifft nicht zu. Bund und Länder müssten nach Berechnungen des IW Köln ab 2011 die Defizitquote jährlich um rund $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt reduzieren, um die Verschuldungsgrenzen einzuhalten. Ein Vergleich mit dem Defizitabbau der als sehr erfolgreich eingestuften Haushaltskonsolidierung im Zeitraum 1982 bis 1989 zeigt, dass das Tempo seinerzeit ähnlich hoch war. Das Konsolidierungsziel, das mit der Verschuldungsregel angestrebt wird, kann somit durchaus als ehrgeizig, aber auch als realisierbar bezeichnet werden. Entscheidend ist, dass es konsequent umgesetzt wird.

Die Verbraucherpreise werden sich in diesem Jahr nur sehr moderat erhöhen. Während im vergangenen Jahr noch eine Teuerungsrate von 2,6 Prozent die nominellen Einkommenszuwächse der Privaten Haushalte real stark entwertete, sinkt sie in 2009 auf nur noch $\frac{1}{2}$ Prozent. Dies ist unter nachfrage- wie auch angebotspolitischen Gesichtspunkten zu begrüßen, weil dadurch sowohl die Konsumnachfrage gestützt als auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht beeinträchtigt wird. Aber schon werden Stimmen laut, die ein Abgleiten in eine Deflation befürchten. Das IW Köln geht nicht davon aus, dass es in diesem oder im nächsten Jahr zu deflationären Tendenzen kommt. Einzelne Monate mit negativer Inflationsrate sind im Verlauf dieses Jahres möglich, aber wohl nicht ein Preisverfall auf breiter Front über einen längeren Zeitraum. Erst dann bestünde die Gefahr, dass die Konsumenten in Erwartung weiter sinkender Preise ihren Konsum aufschieben und es zu einem gefährlichen Ausgabenattentismus kommt. Eine Konsumschwäche ist eher zu erwarten, wenn die Arbeitslosigkeit drastisch zunehmen sollte, weil dies nicht nur die verfügbaren Haushaltseinkommen mindert, sondern die Privaten Haushalte darauf erfahrungsgemäß mit erhöhter Ersparnisbildung reagieren. Der moderate Preisanstieg in diesem Jahr ist in erster Linie den sinkenden Rohstoff- und Energiepreisen zu verdanken, was wiederum die deutschen Importe verbilligt. Dieser Trend wird sich aber nicht fortsetzen. Die inländischen Teuerungsfaktoren, gemessen am Deflator des BIP, haben gegenüber 2008 hingegen zugenommen, was deflationären Tendenzen ebenfalls entgegenwirkt. So steigen beispielsweise die Arbeitskosten deutlich schneller als die Produktivität, und die Lohnstückkosten erhöhen sich dadurch merklich. Sobald die Konjunktur wieder Tritt fasst, sind deshalb eher inflationäre Tendenzen zu befürchten, die ein rechtzeitiges und entschlossenes Gegensteuern der Geldpolitik erfordern. Davon sind wir aber noch ein gutes Stück entfernt.

Literatur

Bach, Hans-Uwe / Gartner, Herrmann / Hummel, Markus / Klinger, Sabine / Rothe, Thomas / Spitznagel, Eugen / Zika, Gerd, 2009, Arbeitsmarkt im Sog der Rezession, IAB-Kurzbericht, Nr. 6, Nürnberg

Broyer, Claudia / Eder, Gregor / Hofmann, Thomas / Schneider, Rolf, 2009, Konjunkturprognose 2009/2010, Working Paper, Nr. 124, Allianz Economic Research & Corporate Development, München

Europäische Kommission, 2009, Interim Forecast, January 2009, Brüssel

Grömling, Michael, 2008, Globaler Investitionsboom – eine empirische Bestandsaufnahme, in: IW-Trends, 35. Jg., Heft 3, S. 45–59

Grömling, Michael / Haß, Hans-Joachim, 2009, Globale Megatrends und Perspektiven der deutschen Industrie, IW-Analysen, Nr. 47, Köln

Hüther, Michael, 2009, Öffentliche Beteiligungen und Verstaatlichungen: ein Weg aus der Krise?, in: Wirtschaftsdienst, Heft 4, S. 228–232

ifo, 2009, Die Kredithürde. Ergebnisse des ifo Konjunkturtests im März 2009, Pressemitteilung v. 29.03. 2009, München

IMF – International Monetary Fund, 2009a, Advanced Economies to contract sharply in 09, Upturn next Year, IMF Survey online, URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2009/NEW031909A.htm> [Stand: 2009-03-24]

IMF, 2009b, Global Economic Policies and Prospects, Note by the Staff of the IMF, Washington D.C.

IMF, 2009c, World Economic Outlook, April, Washington D.C.

Matthes, Jürgen, 2009, Gefahr für den Welthandel durch Wirtschaftskrise und Protektionismus, in: Wirtschaftsdienst, Heft 3, S. 158–162

Saha, David / Weizsäcker, Jakob von, 2009, Estimating the size of the European stimulus packages for 2009, an Update, URL: www.bruegel.org/Public/fileDownload.php?target=/Files/media/PDF/Publications/Notes/UPDATED-SIZE-OF-STIMULUS...pdf [Stand: 2009-03]

IW Economic Forecast Spring 2009

The world economy is in the midst of the worst recession since 60 years. The breakdown of exports has reached Germany as well. Germany's real GDP will decrease by 4 ½ percent this year and grow by ½ percent in 2010. Therefore, GDP should hit bottom in the course of the year without taking off yet. Exports will shrink by 17 percent in 2009, imports by 11 percent. Consequently, foreign trade will account for three quarters of the slump in economic growth. Next year the trade balance will at least slightly support the business cycle. The present trough will also affect the labor market. Employment will go down by 1 ½ percent this and next year. The number of unemployed will rise to 3.75 million in 2009 and 4.3 million in 2010. Shrinking revenue and rising expenditure will increase the budget deficit to around 3 percent of GDP this year and 5 percent next year.

IW-Prognose für Deutschland 2009 und 2010

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2008	2009	2010
Entstehung des realen BIP			
Erwerbstätige	1,4	-1 ½	-1 ½
Arbeitslosenquoten ¹⁾	7,8	8 ½	10
Arbeitsvolumen	1,3	-2	-1
Produktivität ²⁾	0,0	-2 ½	1 ½
BIP	1,3	-4 ½	½
Verwendung des realen BIP			
Private Konsumausgaben	-0,1	-0	-1
Konsumausgaben des Staates	2,0	2	2
Anlageinvestitionen	4,4	-7 ½	1 ½
- Ausrüstungen	5,9	-15	0
- Sonstige Anlagen	6,6	2	2
- Bauten	3,0	-3	2
Inlandsnachfrage	1,7	-1	0
- Export	2,7	-17	2
- Import	4,0	-11	1
BIP	1,3	-4 ½	½
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	2,6	½	1
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo ³⁾	-0,1	-3	-5

1) Registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen. 2) Reales BIP je Erwerbstätigenstunde.

3) In Prozent des nominalen BIP.

Quelle: IW-Frühjahrsprognose, Mai 2009